

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Expedition des Verlags  
an jeder Postanstalt zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 2.50.  
pro Woche 60 Pf.  
Durch die Post bezogen 2.75.  
Im und Ausl. 3.00  
Im Jahre 1909 12.00

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessanter  
bezieht für die städtische  
Collegialität über deren Mann  
25 Pfennige.  
für Arbeitsmarkt, Arbeits- und  
Berufsaussichten 15 Pfennige.  
Kundenschein 25 Pf.  
Interesse für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Wesphalen  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Wesphalen  
Expedition 1206.

Nr. 271.

Sonntag, den 20. November 1909.

20. Jahrgang.

## Die ungarische Krise.

Wien, 13. November.

Ludwig Kossuth, des Rebellen Sohn, ist aus der Partei, die das Programm Ludwig Kossuths, die Unabhängigkeit Ungarns, hochhielt und darum Franz Kossuth als Erben dieser Idee aus dem Exil nach Ungarn zurückholte und ihn zu ihrem Führer ertor, ausgestreut, weil die Partei den Frieden, den er mit dem Kaiserreich machte, nicht ratifizierte. Damit ist die ungarische Krise in ein ganz neues Stadium getreten. Die Unabhängigkeitspartei ist gesprengt und damit ist der Versuch Sabsburgs, die Unabhängigkeitspartei dadurch, daß ihre Führer zur Macht gelangten, zu gewinnen, mißglückt. Nur 74 Mitglieder der Partei sind Kossuth gefolgt und 120 sind bei Justiz geblieben, der den Kampf gegen Wien weiter führen will im Sinne des Programms des Jahres 1849.

Sabsburg hat damit den Krieg mit Ungarn endgültig verloren, denn wenn Kossuth nun mit den Liberalen und Merkmalen zusammen auch die Majorität im Parlamente hat, so ist doch diese Majorität nicht stark genug, um im Sinne der Wünsche des Kaisers und Königs herrschen zu können. Nur wenn es Kossuth gelungen wäre, die ganze Unabhängigkeitspartei mitzureißen, wäre der Frieden mit der Krone perfekt geworden. Sobald aber die Majorität der Unabhängigkeitspartei, die die Vertreterin der herrschenden magyarischen Klassen, des Bürgertums und der Gentry (des Kleinadels) ist, im Widerstande gegen Wien verharrt, nützen dem Kaiser die Andrássy und Apponyi und Kossuth nichts. Denn, wenn auch die Wahlen in Ungarn nicht der Ausdruck der Volksmeinung, ja nicht einmal der Meinung der dünnen Schichten ist, die das Wahlrecht eingeräumt ist, so werden die Wahlen dort nicht von der Regierung gemacht, sondern von den Obergepänen in den Komitaten, die von der Zensurverwaltung in Budapest unabhängig sind und nur die Repräsentanten der lokalen Eliten, d. h. der Bourgeoisie und der Gentry, sind.

Einmal, ein einziges Mal im Laufe der letzten Jahrzehnte, hatte es Sabsburg in der Hand, die Macht der Gentry in Ungarn zu brechen und indem es seine eigenen Geschäfte besorgte, zugleich der ganzen politischen und sozialen Entwicklung in Ungarn einen starken Anstoß zu geben. Das war damals, als Graf Fejervary den herrschenden Klassen das allgemeine, gleiche Wahlrecht aufzwingen wollte. Fejervary und sein Minister des Innern, Kristofly, wollten den Kampf mit der korrupten Clique, die den Staat und die Komitate ausplünderte, aufnehmen, sie wollten der Autonomie der Komitate, die nur eine Autonomie einiger tausend Kleinadeliger Familien und der mit ihr Verbündeten im Bürgertum ist, ein Ende machen. Es wird sogar behauptet, daß Fejervary und Kristofly, um den Widerstand der Magnaten zu brechen, damit rechnen, zur geeigneten Zeit auch mit den Landarbeitern und ihren Organisationen gemeinsam zu operieren. Damals, im Jahre 1905, konnte Sabsburg mit der Bevölkerung Ungarns seinen Frieden machen. Aber damals hat Sabsburg lieber den Frieden mit den anderen gemacht und sich selbst, wie die breiten Massen der ungarischen Bevölkerung um den Sieg über die Gentry gebracht.

Im letzten Augenblicke, da der Sieg nahe schien, ließ der Kaiser den Grafen Fejervary fallen und übergab den Führern der koalitierten Parteien die Regierung. Andrássy, Apponyi und Kossuth übernahmen die Regierungsgeschäfte auf Grund eines Paktes, der den Frieden besiegeln sollte. Darin verpflichtete sich die Regierung alle militärischen Forderungen (das sind alle Forderungen, die auf die Schaffung einer eigenen ungarischen Armee gerichtet sind), zurückzustellen, bis das allgemeine Wahlrecht eingeführt sei. Dieses sollte binnen zwei Jahren geschaffen werden.

Die zwei Jahre sind längst verstrichen. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht geschaffen, die Regierung hat vielmehr eine Wahlreform vorgelegt, die mit ihren vierfachen Pluralstimmen und ihren Zehntelstimmen, wozu noch die öffentliche Abstimmung kommt, geradezu eine Verhöhnung des allgemeinen Wahlrechts ist. Die Krone hat gegen diese Art der Erfüllung des Paktes bisher nichts getan. Eigentlich wäre jetzt alles in Ordnung, wenn nicht die Krone infolge des bösnischen Abenteuers selbst militärische Forderungen zu stellen hätte, die ihr die Koalition nur dann bewilligen kann, wenn ihr ebenfalls militärische Konzessionen gemacht werden. Sie verlangt also als Entgelt für die Bewilligung der Kosten der Annexion und für die Bewilligung der gewünschten Millionen für neue Geschüge selbständige ungarische Fahnen für die ungarischen Truppen. Der Streit wurde dadurch kompliziert, daß das Privileg der gemeinsamen Oesterreichisch-Ungarischen Notenbank in zwei Jahren zu Ende geht und daß sich die Unabhängigkeitspartei ihren Wählern gegenüber verpflichtet hat, das Privilegium nicht mehr zu erneuern, sondern als Symbol der staatlichen Selbständigkeit Ungarns nur eine eigene ungarische Notenbank zuzulassen. Daran hat sich der Zwist in der Unabhängigkeitspartei entzündet. Kossuth ist bereit, auf die Banktrennung zu verzichten, wenn er nur die geringsten militärischen Konzessionen bekommt und vor allem, wenn man ihm gestattet, die Wahlreform nach dem Andrássy'schen Entwurf zu machen und sie überdies noch hinauszuschieben. Und auf diesem Boden scheint tatsächlich der Frieden zwischen der Wiener Hofburg und der Koalition

geschlossen worden zu sein. Wien gibt das allgemeine Wahlrecht preis, dafür gibt Kossuth die Prinzipien seiner Partei preis. Zur Drapierung seines Betrags erhält Kossuth auch einige Konzessionen in der Frage der militärischen Embleme, verpflichtet sich aber wieder, die Milliardenforderungen des Kriegesministeriums zu bewilligen.

Aber die ganze Spekulation hatte ein Loch. Der bisherige Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Justiz ist nicht willens mit Kossuth zu gehen. Will Kossuth die selbständige ungarische Bank preisgeben, wenn er die Wahlreform verfallend darstellt, so ist Justiz bereit, das allgemeine gleiche Wahlrecht zu akzeptieren, wenn er die Banktrennung dafür erhält; ja, er stellt das allgemeine gleiche Wahlrecht mit der Banktrennung an die Spitze seines Programms. Wie die Dinge stehen, ist es ausgeschlossen, daß Kossuth und seine Koalition gegen die um Justiz geführte Unabhängigkeitspartei regieren kann. Sie werden also wohl oder übel, den Versuch unternehmen müssen, an die Wähler zu appellieren. Im Januar, vielleicht schon im Dezember — denn nach der ungarischen Verfassung muß das neugewählte Haus noch das Budget erlassen — werden die Wahlen stattfinden. Ob es Kossuth gelingt, den Sieg davonzutragen und seine korrupte Herrschaft zu befestigen, ist mehr als zweifelhaft. Es ist leicht möglich, daß man in der Wiener Hofburg noch eine bittere Enttäuschung erlebt.

## Der Etat für 1910.

Einviertel Milliarden für Heer und Flotte.

Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ veröffentlicht die Hauptziffern des Voranschlags für den Reichshaushalt 1910, die dem Reichstag bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden soll. Der neue Voranschlag, der uns offiziös als ein Sparmaßnahme angepöbelnd worden ist, schließt im ordentlichen Etat mit 2.660.305.450 Mk. ab, was gegen das Vorjahr allerdings ein Plus von nur 6.858.211 Mk. bedeutet. Hierbei ist aber zu bedenken, daß diese verhältnismäßig günstige Ziffer nur dadurch erreicht wurde, daß die einmaligen Ausgaben für Bauten u. a. stark gekürzt wurden, während die fortwährenden ordentlichen Ausgaben eine sehr bedeutende Steigerung aufweisen. So fördert das Heer an fortwährenden Ausgaben 13,8 Millionen, die Flotte 11 Millionen Mark mehr. Fast 19 Millionen mehr als bisher müssen auch infolge der kolossal gesteigerten Reichsschuld auf den Schulden dienst verwendet werden. Die gesamte Erhöhung der fortwährenden ordentlichen Ausgaben beträgt, abzüglich der rein rechnungsmäßigen durch die Reichsfinanzreform bewirkten Zahlenverschiebungen, über 50 Millionen Mark. Demgegenüber haben die Ersparnisse an den einmaligen Ausgaben wenig zu sagen, denn es handelt sich hier fast ausschließlich um Forderungen, die bloß aufgehoben nicht aufgehoben sind, also um Ersparnisse, die den übernatürlichen Etat belasten werden. Das gilt besonders vom Etat der Reichspostverwaltung, bei dem der Rückgang der einmaligen Aufwendungen — fast 35 Millionen — geradezu bedrohlich groß erscheint. Im übrigen macht auch bei den einmaligen Ausgaben die Flotte eine üble Ausnahme, für sie werden auch in diesem Etatteil weitere 13,8 Millionen Mark mehr gefordert als im Vorjahr.

An außerordentlichen Ausgaben werden gefordert: für das Heer 22,5 Millionen Mark, für die Flotte 113,3 Mill. Mark. Der Anleihebedarf beträgt 152,2 Millionen.

Die Einnahmen des ordentlichen Etats aus Zöllen, Steuern, Gebühren und Abfindungen sind auf 1.441.620.000 Mk.

veranschlagt. In dieser Ziffer drückt sich die erwartete Wirkung der Reichsfinanzreform aus. Da der vorjährige Etat die Einnahmen aus Steuern u. a. auf 1203 Millionen Mark veranschlagte, beträgt die Steigerung anstatt der errechneten 500 Millionen Mark nur 238 Millionen Mark, also noch nicht die Hälfte des erwarteten Betrages.

Das Resultat des ersten Etats nach der großen Reichsfinanzreform: eine neue Reichsfinanzreform ist fällig.

## Politische Uebersicht.

Ein Bußtagserlass. Das Berliner Polizeipräsidium hat diesmal unter Bruch eines alten Brauchs der Berliner „Freien Volksbühne“ jede Aufführung am Bußtag unmöglich gemacht, indem es den Theatern für diesen Tag jeglichen Betrieb aufs strengste verbot. Dadurch sind Tausende von Arbeitern, die sich von diesem Tage geistige Erholung und künstlerische Erbauung versprochen, um die erwartete Feiertagsfreude gebracht. Bisher war selbst unter den reaktionärsten Ministerien, zu Zeiten Hammersteins und Studis den Bußtagsaufführungen der Volksbühne kein Hindernis in den Weg gelegt worden, weil man damals vor den eminent volksliebenden Schreibern des großen

Volkstheatervereins der Berliner Arbeiter einen gewissen Respekt hatte. Diesmal aber hat sich die überhandnehmende muckerische Strömung über alle Bedenken hinweggesetzt. So geschieht es im Schillerjahr 1909, wenige Tage nachdem die Berliner Kirchenwahlen eine entscheidende Niederlage der Orthodoxie gebracht hatten.

Die Theaterverbote des Bußtags, unter denen ja nicht nur die Berliner Arbeiter leiden, fußen auf einem königlichen Edikt aus dem Jahre 1773 (des eintauf hiebenhundertdreißig) und einem sich auf dieses Edikt beziehenden Ministerialreskript aus dem Jahre 1837! Sie beruhen auf einem selbst empörender Unbulsamkeit, wie er heute nur noch in gewissen engen oder gesellschaftlich sehr hochstehenden Kreisen zu finden ist. Wenn der freidenkende Teil der Bevölkerung kein „Mergernis“ daran nimmt, daß die frommen Gelehrten am Feiertag in die Kirche gehen, so brauchen die Frommen auch kein Mergernis daran zu nehmen, wenn die anderen an Stätten der Kunst ihre Erbauung suchen. Es ist Zeit mit der Bußtagstyrannie aufzuräumen!

Alldeutsche Tollheiten. Der Graf v. Pfeil, ein bekannter Wortführer des Alldeutschen Verbandes, kämpft in der „Täglichen Rundschau“ gegen den Weltfrieden! Er wendet sich gegen die Friedensrebellen, die heute bei jedem Anlaß gehalten werden und fährt dann fort:

„Sind denn diese ewigen Friedensbeteuerungen wirklich notwendig? Sollen sie das Volksbewußtsein? Wird nicht in dieser schließlichen der Gedanke maßgebend, daß allein der Frieden das höchste Gut sei, welches unter allen Umständen bewahrt werden muß? Ist denn ein Krieg wirklich ein so großes Unglück?“

An einer anderen Stelle sagt er:

„Wo bilden sich so herrliche Charaktereigenschaften aus, als im Kriege: der unbedingten Herrschertreue, der Vaterlands- und Nächstenliebe, des Mutes und der Selbstaufopferung bis zu jenem stillen, unheimlichen Wüten der Krankenpflege, ist unter eigener Todesgefahr! Diese Eigenschaften kommen, in jahrzehntelanger Friedenszeit, als Gemeingut des Volkes, nicht mehr aus Entwidlung; sie verkümmern. Andere schlechte Eigenschaften brechen sich Bahn, wie sie jetzt so häufig unsere treten. Wie leicht wird es jetzt den vaterlandslosen Heeren und Schären der Unzufriedenheit, den Massen klar zu machen, daß die großen Ausgaben für Heer und Flotte ganz und nützlich seien, es läme ja doch nicht zum Kriege!“

In Deutschland nimmt man diese alldeutschen Halluzinationen nicht ernst, aber der chauvinistischen Presse des Auslandes wird dadurch wieder einmal Gelegenheit zu einer Hege gegen Deutschland gegeben.

Freisinniger Wahlhacker. Nach einer Meldung der „Kreuzzeitung“ hat der Vorsitzende des Vereins der Liberalen in Halle (Saale), Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, an den Vorsitzenden der liberalen Partei im Wahlkreis Landsherg-Soldin das folgende dringende Telegramm gerichtet:

„Bei der hiesigen Reichstagswahl sind die Konservativen und die Bündler bisher entschieden für den Freisinnigen eingetreten. Es ist für uns dringend erwünscht, daß sich die hiesigen Liberalen offen für den konservativen Kandidaten Holtzke erklären, da sonst unser hiesiger Kandidat gefährdet ist. Die Wahl findet hier am 28. November statt. Herzfeld, Vorsitzender des Vereins der Liberalen.“

Im liberalen Verein zu Halle sind freisinnige Volkspartei und freisinnige Vereinigung vertreten.

Die Nationalliberalen geben sich inzwischen die größte Mühe, die liberalen Wähler für die Wahl des konservativen Kandidaten mobil zu machen. Die „Nationalzeitung“ begrüßt die Stichwahlparole der nationalliberalen Parteileitung als selbstverständlich und findet es bedauerlich, daß der liberale Wahlausschuß (Freisinnige Vereinigung) den Wählern die Entscheidung anheim gegeben hat. Darin liegt eine direkte Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten, denn zweifellos würden ihm viele Freisinnige ihre Stimmen zukommen lassen. Das brave nationalliberale Blatt hofft trotzdem, daß es durch Heranziehung bürgerlicher Reserven gelingen werde, das Mandat vor der Sozialdemokratie zu sichern.

Der zusammengebrochene sächsische Antisemitismus. Unter dem Vorhug des bei den sächsischen Landtagswahlen gründlich durchgefallenen Herrn Oswald Zimmermann tagte am Mittwoch in Dresden eine Vertrauensmännerversammlung der sächsischen Reformpartei, die sich den entstandenen Schäden befehen wollte. Trotz ihrer blamablen Niederlage wollen die sächsischen Antisemiten an ihren wirtschaftlichen und deutschnationalen Zielen festhalten, daneben aber den antisemitischen Gedanken nachdrücklich in den Vordergrund stellen. Dazu habe der Verstoß in Kiel genügend Anlaß gegeben.

Man kann daraus wieder einmal sehen, welche politische Rindstöpfe die Antisemiten sind. Ohne Zweifel wird es dem Herrn Zimmermann gelingen, das Häuflein seiner Getreuen dem Abgrund entgegenzuführen. Rüstig wollen die Antisemiten bloß große nationale Gesichtspunkte verfolgen. Durch das Verlangen nach Abschaffung der Konkurrenzklause hofft man die Privatbeamten zu gewinnen. Die Hoffnung wird sich nicht erfüllen, der Antisemitismus in Sachsen ist vollständig erledigt. Und anderswo auch.



**Aus dem Reichstagen Landtage.** Die National-  
liberalen lehnen es ab, der sogenannten wirtschaftlichen  
Bereinigung, die sich im Landtage nur aus den zwei Mittel-  
ständern und der Konservern gebildet hat, beizutreten, sobald  
diese Einigung nur eine Fiktion der konservern Partei bleibt.  
Die freisinnigen Bestimmen bereits, sich als Re-  
gierungspartei zu fassen; sie haben beinahe den Antrag ein-  
gebracht, die erste Kammer zu reformieren. Vor  
der Wahl sang es ganz anders, da verlangten sie in ihren  
Anträgen und Reden die Abschaffung der ersten  
Kammer. Et wollen es offenbar nicht mit der Regierung  
verderben.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte  
den Antrag ein, neben der bestehenden fünf Deputationen  
eine besondere Deputation von 15 Mann zu bilden, der die so-  
zialpolitischen Angelegenheiten übergeben werden sollen.

Der Feuerbestattungsfrage wird von den größeren  
bayerischen Städten, für die sich die Schwierigkeiten, das nötige  
Gebäude zu beschaffen, sehr groß, beständig vergrößern, immer  
mehr Interesse zugewendet. Nach Auffassung der bayeri-  
schen Regierung ist jedoch die Feuerbestattung im Königreich  
nicht zugelassen, weil sie im bayerischen Polizeistraf-  
gesetzbuch nicht erwähnt ist. Dagegen wird eingewendet,  
daß eine Genehmigung überhaupt nicht erforderlich sei, da zur  
Zeit des Erlasses des Polizeigesetzes die Frage gar nicht exi-  
stierte. Dagegen ist kein Verbot bestehen. Die Städte  
München hat bereits ein Krematorium erbaut, München a  
woll das gleiche tun; wird die Inbetriebnahme verweigert, so  
soll sie auf dem Vorrechte bestehen. Anders geht man  
in Straßburg vor, wo der Feuerbestattungsverein beschloß,  
eine Eingabe an die Regierung zu richten, in der um Erlaub-  
nis zur Errichtung eines Krematoriums gebeten wird. Wird  
diese abgelehnt, so soll der Verein im benachbarten böhmi-  
schen Gebiet ein Krematorium errichten.

Seine Kündigung des bayerisch-russischen Auslei-  
erungsvertrages. Die Kammer der Reichsräte in München  
beschloß am Mittwoch mit dem von der Kammer der Abge-  
ordneten einstimmig angenommenen Antrag auf Kündigung des  
bayerisch-russischen Ausleiherungsvertrages. Wie — bei der An-  
nahmefassung dieser „ersten Kammer“ — zu erwarten war, wurde  
der Antrag abgelehnt. Referent v. Auer begründete die Ablehnung  
damit, daß der Gegenstand nicht zur Zuständigkeit des Hauses gehöre  
und daß keine materiellen Gründe zur Kündigung des Vertrages be-  
stünden, diese vielmehr als ein Akt der Unhöflichkeit gegen Rußland  
zählen müßten.

Ministerpräsident v. Bodemann erwiderte, daß schon 1886 bei  
einem ähnlichen Antrag die Zuständigkeit des Landtages von der  
Kammer der Reichsräte nicht anerkannt worden sei. Bezüglich der  
materiellen Seite habe die Regierung bereits bei der Verhandlung  
in der Abgeordnetenkammer erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die  
letzten Beziehungen mit Rußland, auf die die Regierung den größten  
Wert lege, Beiträge nur dann kündigen wolle, wenn dafür voll-  
ständige Gründe im Geiste von Mächten im Vertragsvollzug  
sich ergeben hätten. Solche Gründe lagen nicht vor. Andererseits habe  
jenseitig der Vertrag Bayerns davon bewahrt, ein Sammelzentrum für  
revolutionäre und anarchische Elemente aus Rußland zu werden.  
Die Auffassung, das Votum der Abgeordnetenkammer  
habe eine Demonstration gegen die damalige Reise des  
Kaisers von Rußland durch Bayerns begünstigt, sei ganz hall-  
los, denn der Antrag und die Intervention seien zu einer Zeit  
eingekommen, wo offiziell verkündet, daß die Reise nicht kaiser-  
lich werde. Aus einer Mitteilung des russischen Ministers des  
Auswärtigen geht hervor, daß auch die maßgebenden russischen Kreise  
die Abreise von einer beschuldigten Demonstration nicht geteilt  
hätten.

Was wird der russische Obr wieder gute Vorkerkunft mit dem  
bayerischen Obern halten.

Die Reformen im Werkbetriebe. Wie die „Norddeutsche  
Allgemeine Zeitung“ mitteilt, ist man im Reichsmarineamt damit be-  
schäftigt, an der Hand des Kommissionsberichts über Organisation  
und Verwaltung der kaiserlichen Werften, der die allgemeine Billi-  
gung des Staatsministeriums des Reichsmarineamts gefunden hat, die  
erforderlichen Ausführungsbestimmungen an die Werften zu erlassen.  
Bei dieser organisatorischen Umgestaltung soll es dem bisher als richtig  
erkannten Grundsatz nicht geändert werden, daß die technischen  
Reparatur für die richtige wirtschaftliche Leitung ihrer technischen  
Betriebe allein verantwortlich sind. — Der Vorschlag wird jetzt zu-  
geleitet. Gewisslich sicher!

Der Bund der Industriellen zur Reichsversicherung-  
ordnung. Der Bund der Industriellen beschäftigt sich in seiner  
letzten Gesamtsitzung mit dem Entwurf der Reichs-Ver-  
sicherungsgesetzgebung. Es wurde beschlossen, namentlich auf die Er-  
haltung der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften hinzuwirken,  
dagegen von einem Antrag auf Zurückziehung abzusehen. In einem  
Antrage soll der Fortfall der Berufsgenossenschaften und die Aufrech-  
terhaltung der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften, sowie der  
Betriebsrentenkassen und der freien Hilfskassen in der Krankenver-  
sicherung verlangt werden.

Staatsgerichtliche Orden. Der Reichslandesherrliche  
Beirat will in seinem Blatt „Kronpost“ mit, daß der französische  
Minister Dahan, Elsas-Votringern, die gerne französische

Duden gehabt hätten, mitteilen ließ, daß aus politischen  
Gründen Duden nach Elsas-Votringern zurück nicht verkehren  
werden könnten. In den bürgerlichen Kreisen wird die Wichtigkeit  
dieser Mitteilung bekräftigt, mit dem Hinweis darauf, daß die deutsche  
Regierung unmisslich hätte ruhig zusehen können, wie gerade Elsas-  
Votringern rechtlich mit französischen Orden bedacht worden.

In dem Votringern gegen die Stadt Kaufbeuren, der von  
den geistlichen Gemeindegliedern beschlossen wurde, er-  
halten wir eine weitere Mitteilung, die den Vorgang noch toller er-  
scheinen läßt. Danach befindet sich im Protokollbuch der  
Gemeinde Votringern, mit etwa 100 Unterschriften ver-  
sehener Gemeindeglieder, gefaßt am 7. November 1909:  
„Alle Bürger der Gemeinde Votringern und ihre Angehörigen mit  
Ausnahme der Dienstholen, welche sich durch Gemeindevorstands-  
beschlüsse für den Boykott erklärt haben, werden bei jedem Ein- und  
Verkauf in der Stadt Kaufbeuren — bereits abgeschlossene  
Käufe und Verkäufe sind ausgenommen — in eine Konvention  
nach Art. 25 des Reichsgesetzes vom 25. März, zu 5. M. und  
bei solchen über 25 M. in eine Konvention nach Art. 10 M. zu  
Gunsten der Armenkasse genommen.“

Eine kleine Nichtigkeit. Das Organ des Reichs-  
lands- und Landtagsabgeordneten Horst Westenberg, das  
„Frankfurter Volksblatt“, berichtet, daß ein armer, alle ersehnter  
Geselle, Mitglied des christlichen Gesellenvereins, von einem „Ge-  
nossen“ im Streite über die Finanzreform mit „schlagenden  
Worten“ bedacht worden sei, und sich blutend an die Tür des chris-  
tlichen Vereinspräsidenten habe schleppen müssen. Die Geschichte ist er-  
logen. Der geschlagene und blutende Geselle hat die Prügel  
von einem christlichen Wirt erhalten, den er bei einem Gespräch  
mit einer Dame belästigte.

## Ausland

Die französischen Sozialisten gegen neue Steuer-  
belastung. Die sozialistische Kammerfraktion hat folgende Er-  
klärung abgegeben:

Im Bewußtsein der verschiedenen von uns im Laufe der  
gegenwärtigen Legislaturperiode gemachten Vorschläge betr.  
das Vermögenssteuergesetz, Einkommensteuer, Erbschaftsteuer zc.,  
durch die für die meisten sozialen Reformen die Mittel beschafft  
werden könnten, erklären wir: Wir wollen weder als Ge-  
täuigte noch als Mitschuldige behelligt sein. 200  
Millionen neue Steuern, zumeist Verbrauchssteuern,  
einzuführen, mittels deren man angibt, ein Budget von mehr als  
4000 Millionen im Gleichgewicht halten zu müssen, nur noch  
wegen der Arbeiter-Mittelklassen! Wir verwerfen daher  
vollständig, ohne uns auf eine Diskussion einzulassen: die Er-  
öffnungsteuer für Verkaufsstellen von Lebensmitteln zum so-  
fortigen Verzehr; die Erhöhung der bestehenden Alkoholsteuer;  
die Preissteigerung für Tabak; die Steuererhöhung für  
die Schiffsbescheinigungen von Weinen, Branntweinen und  
Bikoren. Eine Ausnahme machen wir nur für die Änderung  
der Erbschafts- und Schenkungssteuer, und auch dies nur ins-  
oweit, als der Ertrag dieser Steuer ausschließlich der Alters-  
versicherung der Arbeiter und Landwirte zugute kommt.“

Genosse Jaurès bemerkt zu dieser Erklärung: Die so-  
zialistische Gruppe will damit keine negative Arbeit. Sie will  
gerne durchwegs nicht, durch Steuerbewilligung die  
beschlossenen oder noch zu beschließenden sozialen Reformen sicher  
zu stellen. Sie leistet im Gegenteil positive und ehrliche Arbeit,  
indem sie Bezug nimmt auf die Steuererhöhung, die sie gemacht  
oder unterstellt hat: progressiv Erbschafts- und Ein-  
kommensteuer, Versicherungs- und Alkohol-  
Monopol. Aber sie lehnt entschieden und wohlüberlegt sig-  
nalische Ausnahmismittel ab, die nur die Lebensbedingungen der  
Arbeiter erschweren und als Vorwand für die Verzögerung der  
Steuer- und Sozialreformen dienen können.

Die belgische Militärfrage. Die belgische Kammer nahm  
mit 100 gegen 5 Stimmen bei drei Enthaltungen die Vorlage betr.  
die persönliche Wehrpflicht an. Durch dieses Votum ist das viel  
kritisierte Gesetzgebungsbüro beseitigt. Auch der Antrag auf Be-  
freiung der Geistlichen von der Militärpflicht gelangte zur Annahme.

Schärfere Maßnahmen gegen die Verbs. Der Handels-  
minister Schurhill führte in einer Rede aus, die Liberalen  
müßten, wenn sie aus den nächsten allgemeinen Wahlen siegreich  
zurückkehren würden, Schritte ergreifen, um den Verbs die Hand-  
lungswelt anmöglich zu machen, die sie jetzt angunzen  
bringen. Die Liberalen würden den Verbs nicht gestatten, sich in  
das Gebiet einzumischen und ihnen das Recht abzusprechen,  
eine Auflösung des Parlaments zu erzwingen. Sie trauten der  
Weisheit des britischen Volkes zu, daß es seine Unabhängigkeit gegen  
jeden Angriff verteidigen werde.

Neuer Konflikt mit dem fünften Landtag. Der Land-  
tag wurde durch kaiserlichen Erlass auf 1. d. M. Die Verhandlungen  
sollten am 1. Februar neuen Stills stattfinden. Die Einberufung  
des neuen Landtages ist auf den 1. März festgesetzt. Die Regierung  
plant offenbar einen Staatsstreik. Denn ein späteres Verlangen  
auf Petersburg meldet: Sämtliche auf Urlaub befindliche  
Gardesoffiziere erhielten den Befehl, sofort nach Petersburg  
zurückzukehren; es werden Komplikationen in Finnland be-  
fürchtet.

Der gemahregelte General. Bei einer Festschmausung  
hat der Kommandant des dritten italienischen Armeekorps, Ge-  
neral Asinari, sich zu Redensarten aufgeschwungen, die ihm teuer  
zu stehen gekommen sind. Der alte Herr hat da vom Ofen  
geteilt, so, „jenseits der Grenze italienischer Städte und italie-  
nische Brüder nach dem Markstein schauen und ungebildet  
auf die Stunde der Befestigung warten.“ Diese und ähnliche kriegerische  
Aussagen gegen Oesterreich, unter Hinweis auf die  
mit Blut verbluteten Schlachten von Bressa, mögen an sich  
dem offiziell begabten Patriotismus angemessen sein: im Munde  
des Kommandanten eines Armeekorps stellen sie, besonders in  
diesem Augenblick, eine große Unhöflichkeit dar. Ein General kann  
den Krieg wünschen, das gehört bei ihm zum Geschäft, aber er  
darf sich nicht in offizierlicher Rede äußern, ohne auf den Wider-  
spruch aller Elemente des Landes zu stoßen, die von Kriegs-  
abenteuern nichts wissen wollen. Diesem Widerspruch hat das  
Kabinett einen sehr knappen und wirkungsvollen Ausdruck  
verleihen, indem es den General des Postens entließ. Wer in  
berathungsboller Stellung ist, kann sich eben nicht erlauben,  
während mit Absicht um sich zu werfen, wie die Schmocks der  
bürgerlichen Presse.

Die Revision im Gombertprozeß verworfen. Soeben  
kommt die Nachricht, daß der Appellationsgerichtshof des Staates  
Washington die Revision von Gombert, Otschel und  
Worison, die Führer der amerikanischen Gewerkschaftszentrale,  
welche bekanntlich zu 1 Jahr bzw. 9 und 6 Monaten Gefängnis  
verurteilt worden sind, verworfen hat. Es bleibt jetzt nur noch eine  
Instanz, der Appellationshof der Vereinigten Staaten, an den die  
Beschwerden sich wenden wollen, um die gefährdete Verfreiheit un-  
bedingt noch zu retten, doch ist das Ergebnis nach den bisherigen  
Urteilen kaum mehr zweifelhaft.

Die obige Entscheidung wurde wenige Tage vor dem Zu-  
sammentreten des Jahreskongresses der American Federation of Labor  
gefaßt und wird deshalb in den amerikanischen Gewerkschaftskreisen  
direkt als Provokation betrachtet. Umso interessanter wird es sein,  
die erneute Stellungnahme des Kongresses zu dem Prozeß zu be-  
obachten.

## Partei-Angelegenheiten.

### Kommunalwählerfolge.

In Aachen wurde am Freitag und Sonnabend  
vorherige Woche die Ergänzungswahlen zur Stadtdirektion  
in der Versammlung statt, und zwar am ergebnissen  
Tage die für die dritte Abteilung. Sie ist schon seit 15 Jahren  
vollständig im Besitz der Sozialdemokratie. Die Gegner haben  
es endlich aufgegeben, in dieser Abteilung noch einen Kampf  
zu riskieren und so wurden unsere Genossen ohne Widerstand  
gewählt. Sie erhielten 1254 bis 1262 Stimmen. Es wurden  
ungefähr 150 sozialdemokratische Stimmen mehr abgegeben als  
bei der Wahl vor zwei Jahren.

In Aachen wurden bei den Stadtdirektionenwahlen  
der dritten Abteilung sämtliche sozialdemokratischen Kandidaten  
zum ersten Male gewählt.

In Dahnheim (Wahl) gewann die Sozialdemokratie vier  
Mandate. Die Stimmengruppe betrug hundert Prozent. Wis-  
ner hatte die Sozialdemokratie keinen Vertreter im Stadtparlament.

In der Gemeinde Rotthausen (Kreis Offen) erhielt  
die Sozialdemokratie vor 3 Jahren 459 Stimmen in der dritten  
Abteilung, diesmal 635, die Gegner 679 Stimmen. Auf diese  
Stimmengruppe kamen die Gegner nur infolge größtenteils unglück-  
licher, die zur Kofferung der Wahl führen müssen. Bei einer  
Gesamtwahl der dritten Abteilung, die Montag und Dienstag  
stattfindet, erhält unser Genosse 653, die Gegner 622 Stimmen.  
Es geht damit der erste sozialdemokratische Gemeindevorsteher in  
den Rotthausen Gemeinderat ein.

Bei der Gemeindevahl in Zwöyer (Kreis Jülich) wurden  
die vom sozialdemokratischen Wahlkomitee aufgestellten  
9 Kandidaten gewählt. Jetzt hat die Sozialdemokratie die große  
Mehrheit im Gemeinderat. Die Gegner haben schon seit Jah-  
ren keine Kandidaten mehr bei Wahlen aufgestellt. In Trie-  
bes (Kreis Jülich) wurden 4 Sozialdemokraten und 4 bür-  
gerliche Gemeindevorsteher gewählt.

In Gomburg v. d. G. stiegen die sozialdemokratischen  
Stimmen der dritten Wählerklasse außerordentlich. Die vereinigt-  
en Gegner brachten es auf 317 bis 325 Stimmen, die Sozial-  
demokraten auf 284 bis 266. Ist auch kein Mandat errungen,  
so ist doch die hohe Stimmengruppe, in der ganz von den rei-  
chen Geldbesitzern abhängigen Kur- und Wählerstadt sehr bemerkens-  
wert. Der Wahlsatz ist obenrein öffentlich.

## Wiktoria.

Roman von Minna Kautsky.

46] (Nachdruck verboten.)

Bei einem hochentwickelten Kulturvolke, das Bedürfnisse hat  
und haben muß, ist Arbeit Schande und zwar die größte.

Das Individuum hat für sich selbst zu sorgen, und sobald  
es die Bedingungen der Existenz und des Anstandes nicht mehr zu  
erfüllen vermag, die eine zivilisierte Gesellschaft zu fordern be-  
rechtigt ist, fällt es der Verachtung anheim.

„Geben Sie mir Nadel und Zwirn, Huber“, hat sie leise.

„Er fuhr auf.“

„A, zu was“, sagte er barock, „geben Sie sich keine  
Mühe.“

Sie bedeutete ihm mit der Hand, ruhig zu sein.

„Sie dürfen nicht so laut sprechen; der Kleine wird bei  
jedem lauten Wort zusammen, der Schreck liegt ihm noch in den  
Nerven.“

Paul hatte ein höhnisches Lachen.

„Nerven! Nerven! Gaha! Er ist ein Arbeiterkind, das  
keine Nerven haben; was ihm, wenn es so wäre, was ihm,  
wenn er jetzt und feierlich angelegt — es wäre kein Wohlstand  
gewesen, ihn nicht zu retten!“

Der wild erregte Mann ging mit harten Schritten im  
Zimmer auf und nieder.

„Gefalle halte sich, um ihm auszuweichen, dem Fenster zu-  
gekehrt. Mühsam rief sie in ihrem Schreck.“

„Keine Mutter, sie kommt hierher!“

Paul blieb vor ihr stehen und sah sie durchdringend an.

„Sie fürchten, sie könne Sie hier finden, nicht wahr, und  
die wollen Sie nicht bei mir finden lassen. Natürlich, das Bür-  
germädchen bei dem Arbeiter! Aber Ihre Mutter geht ums Haus  
herum, Sie können indes hier hinaus entweichen.“

„Er schaute die Tür, die nach dem Garten führte, und  
als er ganz in Besinnlichkeit und wie im Kampfe mit sich  
selbst, knippte er mit dem Fuße auf, und beschleunigt rief er:  
„Ich will nicht, daß man Sie bei mir finde — ge-  
hen Sie!“

„Sie entsetzte.“

„Er blieb einen Augenblick vor dem Fenster stehen, wohl-  
fingert, in seine Selbstregung, dann warf er sich über sein  
schwebendes Kissen.“

„Wah einig — mein alles — Held Du mit mir!“

„Er brach von ihm fern, als würde er ihn erschrecken.“

## Zweiter Teil.

1.

Es war im September. Die Tage waren kurz und die  
Abende kühl geworden und die erdliche Anzahl derjenigen,  
die Wien während der sommerlichen Ferien den Rücken geliebt,  
kündete wieder dahin zurück. Die Restaurants und Theater öff-  
neten ihre Pforten, die Herdströmen und Ausstellungen began-  
nen. In den Läden wurden die Nouveautés ausgelegt, die  
Saison nahm ihren Anfang.

In der inneren Stadt, wo die Geschäfte und Verkaufsstellen  
sich befanden, begann wieder jenes Gewühl der Vielbe-  
schäftigten und Mühsiggänger aller Kategorien und das auf das  
Pflaster geworfene Lumpenproletariat stellte sich ihnen aller Orten  
in den Weg und suchte hier durch Ausbieten der verschiedensten  
Erzeugnisse, dort durch Ausübung kleiner Kunstfertigkeiten oder  
durch Betten sein elendes Los zu stillen. Hier wurden Blumen  
und Orangen, Streichhölzchen oder Kaugummis feil-  
geboten, da riefelt eine Alte mit hölzerner Kränzen jedem Vor-  
übergehenden in die Ohren, dort läßt eine andere durch einen  
Tudel kummelgedrehter, über eine Traktfeder gespannte Püppchen  
in die Höhe schnellen, und sie steht von früh bis Abends hier,  
ununterbrochen ihre Püppchen schnellend. Auf der Straße raseln  
unabhängig die Lohnarbeiter, die Karren und Equipagen  
an einander vorüber, sich an den Kreuzungspunkten stauernd.  
Dazwischen fahren Lehrlinge und Dienstmädchen mit ihren  
Handtaschen, die erkeren meist kurzum, leuchtend ihre Welt  
hinwärts schielend. Kadäcker tragen hochaustrale Waren,  
unter denen sich ihre Rücken krümmen, gleich darauf steht man  
einige Püppchen mit Köben, die ihr Haupt weit über-  
ragen, mit einer gewissen herausfordernden Höhe sich in den  
Hüften wiegend, dahinschreitend. Einige Mühsiggänger sind so-  
fort hinter ihnen her und verfolgen sie bis in die Gassen, wo  
sie abzuhelfen haben.

Eine andere Sorte von Frauenzimmer sucht in nicht nich-  
tungsgebender Weise die Aufmerksamkeit dieser herumzummeln-  
den Mannswelt zu fesseln. Und da drängen sie sich an den  
Schauenspieler, Erheben an Hüfchen mit den jungen, ehernen  
Mädchen, und diese können hochschreien und mitzählen, welche  
Blicke und Gebärden hier gewechselt, welche Inszenen und Ab-  
machungen hier gemacht werden.

Auf: diesem öffentlichen Markte mit Menschen  
und anderen Waren, gibt es nichts, was diese mit einander ver-  
bindet, jeder denkt und sorgt nur für sich; all diese Laufende,  
die aus allen Klaffen und Ständen einander vorbeibringen,

haben nichts Gemeinsames, und man haßt mit einer Gefühl-  
losigkeit aneinander vorüber, die etwas Brutales hat.

Da sinkt ein kleiner, höherer Mann an einer Straßenecke  
erschöpft zu Boden; er wird in die Nachstraße gebracht, aber die  
Wiederbelebungsbefuche haben nur für kurze Zeit Wirkung, und  
nach einer halben Stunde ist er tot; er ist an Erschöpfung ge-  
storben.

Hier steht ein junger Burke lange sinnend vor der großen  
Spiegelscheibe eines Galanteriegeschäfts. Auf seinem Gesicht  
schweben die Farben, sein Atem wird schwer; endlich hebt er die  
Faust, ein Schlag und die Spiegelscheibe ist in Scherben. Er  
geht in den Laden und sagt: Ich hab's getan. Ich will nicht  
helfen, aber ich habe Hunger, ich will arretiert werden, man  
muß mir dann zu essen geben.

Die Spiegelscheibe kostet dreihundert Gulden.

Dort überfährt die Privat-Goutage eines berühmten Arztes  
ein altes Mütterchen, das mit ihren zwei kleinen Enkeln die  
Straße überkreuzen wollte. Die Kinder schreien, sie werden  
aufgehoben, die Großmutter ist ganz still, sie ist tot.

Sie wird hinweggeschafft und an der Stelle haßt, brängt  
und kößt sich die Menge wie vorher. Die Straße verflucht ihre  
Opfer und die Wogen schließen sich im nächsten Augenblick über  
dem Abgrund.

Geopol Berger, der am Morgen von Kollnbaach hierher  
gekommen, betrachtet dieses Gewühl mit einiger Verwunderung.  
Seine Fühlbarkeit, die Fühlbarkeit jedes einzelnen Mann ihm in  
dem Getriebe der Großstadt so recht zum Bewußtsein. Er wollte  
sich die Wiener Stadt wieder einmal anschauen und fand sie in  
heiligem Umbau, in stetiger Vergrößerung. Er schwebte in den  
beliebtesten Straßen der inneren Stadt herum, staunte über die  
brangenden Auslagen und betrachtete neugierig alle die Wunder,  
welche Kunst und Industrie hier geäußert.

„Genug war da, was man brauchen kann“, dachte er, „und  
was einem auch a Freud“ machen läßt, aber die, die das kaufen  
können, sind halt spärlich.“

Dann blieb er plötzlich vor einem großen Spiegelfenster  
stehen, wo riesige Plakate den Kaufmann angezogen und keine  
Zeitlichen die früheren und die jetzigen Preise normierten, die  
um mehr als die Hälfte herabgesetzt worden waren.

„War das früher ein Spieghel oder jetzt?“ fragte er sich  
mit einem nachdenklichen Lächeln.

Er wachte nicht, daß die Ursachen für diese Notberäuf-  
eben so viele als verschiedenartige sind, aber die das Publikum  
sich immer im unklaren bleibt.

(Fortsetzung folgt.)











## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. November.

### Geschichtskalender.

20. November.

1602 Der Pfarrer Otto v. Guericke, Erfinder der Luftpumpe, in Magdeburg.  
1899 Reichstag lehnt die Buchhausvorlage ab.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten zeigte wieder einen vollgepackten Zuhörerraum. Kein Wunder. Schon seit Wochen steht die Neuordnung der Gehälter für die städtischen Beamten und Lehrer auf der Tagesordnung. Gestern endlich sollten wenigstens die städtischen Beamten, die nicht Lehrer sind, auf ihre Rechnung kommen. Die neue Besoldungsvorlage fand zum größten Teil ihre Veranschaulichung. Aber auch sonst sind die zahlreichen Zuhörer, wie in den jüngsten Sitzungen wiederholt, auf ihre Kosten gekommen. Die Debatten waren schon gleich zu Anfang etwas lebhaft und nicht ohne Interesse. Es war eine regelrechte Sittlichkeitsdebatte mit possierlichen Hochsprüngen auf das politische Gebiet, in der sich rund ein Duzend Stadtväter und Magistratsvertreter tummeln. Der Magistrat hatte dem Ausschuss eine Vorlage unterbreitet, in der er 5920 Mark für die Renovierung der alten Baracken in der Neuenweltgasse, die hässlicher Besitz hat, forderte. Der Ausschuss forderte Ablehnung der Vorlage, weil einmal in den kleinen niedrigen, nassen und ungelunden Räumen sich niemals durch Umbauen oder Erneuerung etwas verbessern lasse und weil man schließlich die Erfahrung gemacht habe, daß berartig renovierte Wohnungen dort gar nicht mehr bezogen würden. Die Neuenweltgasse beherberge, dank der Dienstenkontrollstation, recht zweifelhafte Elemente und neue Einwohner sind dort nicht hinzubewegen. In der Debatte wurde die konsequente Forderung gestellt, die Gebäude, die vom Magistrat überhaupt nur zu Straßenbauzwecken erworben worden sind, einfach abzubauen. Dagegen wehrten sich die Bauräte des Magistrats und der Oberbürgermeister, die von unbebauten Flächen innerhalb der Stadt eine Verschandelung des Stadtbildes befürchten. Herr John, der mehrere Mittelständler, entrüstete sich über die dort hausenden Proleten, während unter Genosse Schütz in entscheidender Weise ebenfalls für völlige Rastierung der halbfaulen Häuschen war und unter Zustimmung der Versammlung forderte, daß man die Kontrollstation in die Kliniken verlege. Zwischen durch hatte der Oberbürgermeister einige bissige Bemerkungen auf das Polizeiverordnungsrecht gemacht und die Schuld an so reaktionären Gesetzen den konservativen Landtagsabgeordneten, von welcher Spezies auch Breslau drei Vertreter habe, zugeschoben. Herr Heilberg, der Jurist und liberale Fortschrittler, rief mit seinem tiefsten Ueberzeugungsbisanzit damit: Sehr richtig. Diese Episode nahm Genosse Schütz zum Schluß seiner Ausführungen als Anlaß; die politische Seite der Frage ebenfalls entschieden zu betonen. Dann aber zertrümmerte er den liberalen Sehrichtkräuser hervor, und sagte ihm unter allgemeiner, verständnisvoller Heiterkeit ins Gesicht, daß die konservativen Herren Stroffer und Wagner ja gerade durch Schuld von Heilberg und dessen Freunden gewählt worden sind. Dieser wirkungsvolle Schluß ließ den Merkmalen und beneidlichen Herrn Herschel wie eine Ratte aufschmelzen. Die Politik hineinzuzerren sei unstatthaft; aber eine solche Rede, wie sie Herr Schütz eben gehalten habe, zum Fenster hinauszusprechen, sei ebenfalls ungeschicklich. Am anderen Tage lese man das wieder mit dem bekannten Aufzug in der „Volkswacht“. Unter

Gelächter und freudiger Zustimmung unserer Genossen setzte sich Herr Herrschel. Er, der auf der humoristischen Bank neben Herrn Bujasowski saß, hatte wieder einmal etwas gesagt. Das Geplänkel ging noch eine Weile hin und her und nach einer geschlagenen Stunde wurde die Magistratsvorlage mit großer Mehrheit abgelehnt. Ob jetzt abgebrochen oder geschlossen wird, soll die nächste Zukunft zeigen.

Eine Debatte von gründlichem Umfange entspann sich ferner bei der Beratung der beiden Vorlagen betreffend die Erhöhung der Beamtenbesoldungen. Von den vier großen Entwürfen, die sich mit dieser Frage beschäftigten, wurden zwei — die Lehrer betreffend — noch zurückgestellt, die beiden anderen — für Magistratsmitglieder und städtische Beamte — kam zur Erledigung. Bei den Mitgliedern des Magistrats betragen die vorgeschlagenen Erhöhungen, wie kurz mitgeteilt, 1000 Mk. und darüber und sie steigen beim Kammerer auf 1500, beim Bürgermeister auf 3000, beim Oberbürgermeister auf 5000 Mk. In den anderen Vorlagen werden klassenweise zusammengefaßt alle städtischen Beamten, angefangen vom Schuldiener, Pförtner, Haushalter und Woten, deren Zulagen sich zwischen 100 und 200 Mk. bewegen, bis hinauf zu den Vorstehern und Direktoren städtischer Anstalten und Werke, denen die Gehälter um 400, 500 ja 800 Mk. pro Jahr aufgebessert werden sollen.

Der Referent Stadtv. Meißner faßt sich insofern verhältnismäßig kurz mit den beiden Vorlagen, als er sich darauf beschränkte nur die wenigen Beamtenklassen zu besprechen, bei denen der Ausschuss eine Abänderung vorgenommen oder eine beantragte Abänderung zurückweisen hatte.

Die Spezialdebatte beschäftigte sich mit nur ganz wenigen Beamten-Kategorien. Einmal artete die Debatte zu einem reinen Duell zwischen dem Herrlichen Rechtsanwalt Bujasowski und dem Magistrat aus, als nämlich der genannte Herr die Besoldungsbeamten und den ehemaligen Steuerbeamten eine Erhöhung bieten wollte. Diese Diskussion gestaltete sich wegen der Antragsteller teilweise etwas drohlig, verlor aber an Interesse, als Herr Bujasowski auf das Gebiet lahmhinderlicher Auslegungslinien hinübertrat. Eine zweite Detailberatung erfolgte um die Frage, ob es gerechtfertigt sei, den technischen Stadträten (Bauräte, Schulräte) ein erheblich höheres Gehalt zuzubilligen, als den juristischen. Diese Frage wurde aus praktischen Gründen von den Stadtverordneten Heilberg und Gärtnert II bejaht, Stadtv. Bujasowski faßt ihr etwas anders gegenüber.

Die Haltung der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu dem ganzen Komplex der Besoldungsvorlagen wurde in einer längeren Erklärung des Genossen Löbe bei der Beratung der Magistratsgehälter zum Ausdruck gebracht. Dieser führte aus:

Die hohen Zulagen für die ersten Beamten unserer Stadt sind für uns unentbehrlich verbunden mit der ganzen Besoldungsfrage. Der Hinweis auf die Leuerung der Zeiten und die Unmöglichkeit des Auskommens unter den heutigen Verhältnissen gilt für alle städtischen Angestellten, ganz gleich ob Arbeiter oder Beamte, er gilt sogar viel mehr von den unteren Angestellten, wo Löhne und Gehälter sehr niedrig sind. Deshalb wird für uns die Frage der Besserung der hohen Gehälter erst diskutabel, wenn wir die Gerechtigkeit haben, daß erstens an den Vorstellen der neuen Ordnung alle städtischen Angestellten und Arbeiter beteiligt sind, und daß sie zweitens beteiligt sind nach Maßgabe des Bedürfnisses und nach gleichen Grundsätzen. Das ist hier leider nicht der Fall. Eine Vorlage betreffend gleichzeitige Erhöhung der Arbeiterlöhne ist uns nicht zugegangen, und auf meine Anfrage hat der Kammerer ausdrücklich erklärt, damit habe sich der Magistrat bisher nicht beschäftigt. Er finde die Löhne in den Betriebsmerkmalen sehr hoch und sie müssen unverändert bleiben, bis die anderen Verwaltungen nachgekommen sind. Nun hat aber der Magistrat es verstanden, uns Vorschläge zu unterbreiten, auf Grund deren die Schlechtestgestellten eine Aufbesserung erhalten, und wenn man schließlich der Meinung ist, daß Jahreslöhne von 900—1200 Mk. „sehr hoch“ sind, kann man für 8000 und 10.000 Mark Gehalt nicht noch 1000—3000 Mark Zulage fordern. Dann aber erscheint uns auch die Verteilung der Zulage höchst ungerecht. Wo ohnehin schon die höchsten Gehälter vorhanden sind, legt

man am meisten zu und wird dagegen sparsam, wo die niedrigsten Gehälter gezahlt werden. Der hochbezahlte Oberlehrer höherer Schulen wird um 1500 Mark besser gestellt, der Volksschullehrer unter Umständen um — 200 Mark. Der Schuldiener, der auch eine Familie ernähren soll, erhält 100—120 Mark Zulage, der höhere Beamte ein paar Laufenden. Das bedeutet eine Steigerung der bestehenden Ungerechtigkeit, und für diese können wir Sozialdemokraten nicht stimmen. Könnten wir nach persönlichen Motiven urteilen, dann würden wir von Fall zu Fall entscheiden, denn auch wir sind der Meinung, daß die meisten unserer Magistratsmitglieder, vom neuesten Stadtrat bis zur obersten Spitze, ihre volle Arbeitskraft den Interessen der Stadt gern und eifrig opfern, und daß ein großer Teil, von dem wir selber die Spitze ausnehmen müssen, dies auch mit Begeisterung nach allen Seiten hin tun. Aber wir müssen uns hier nach prinzipiellen Grundsätzen richten, wie ich sie angegeben habe, entscheiden. Auch der einfache Arbeiter und der untere Beamte widmet der Stadt seine ganze Arbeitskraft. Wir ziehen es vor, nicht draußen über die neuen hohen Steuern und die Beamtenzulagen zu schimpfen und hier dafür zu stimmen, sondern umgekehrt hier dagegen zu stimmen, wo wir die Verantwortung tragen.

Auf diese Erklärung hin, die nur bei den Sozialdemokraten offene Zustimmung fand, trat zunächst der älteste und befehle Stadtrat, Herr Müller, vor die Versammlung, um in warmen Worten die Verdienstlichkeit des Magistrats und die Berechtigung der Zulagen zu vertreten.

Stadtv. Heilberg hält die Arbeiterlöhne für unvergleichbar mit den Beamtenbesoldungen und deshalb eine Erfüllung der Wünsche des Stadtv. Löbe unzulässig.

Oberbürgermeister Bender hebt hervor, daß Verbesserungen der Arbeiterlöhne in den letzten Jahren öfter erfolgt seien und sich deshalb diese Frage nicht über einen Rahmen setzen lasse. Aber auch im neuen Etat für 1910 seien an zahlreichen Stellen Erhöhungen der Löhne für Arbeiter vorgesehen.

Stadtv. Herschel verwendet ein hervorragendes Talent; darauf, den sogenannten „guten Kerl“ zu spielen. Er vertritt unter diesem Schmelzen seiner engeren Parteifreunde, und unter etwas zurückhaltendem Beifall der Liberalen, daß an der Gerechtigkeitssache des Herrn Oberbürgermeisters nicht zu tippen sei, gibt aber auch eine dialektische Liebeserklärung ab für die vom Genossen Meißner eingebrachte sozialdemokratische Interpellation betreffend Aufbesserung der Arbeiterlöhne.

Genosse Löbe bemerkt gegenüber dem Oberbürgermeister und dem Stadtv. Heilberg, daß man in Frankfurt am Main und Charlottenburg es möglich gemacht habe, gleichzeitig mit den Beamten die Arbeiter zu heben. Er nimmt gern Kenntnis von der Absicht des Magistrats, das bei uns wenigstens teilweise nachzuahmen. Denn von 1902 bis 1907 sei der Durchschnittslohn der ungelernen städtischen Arbeiter nur um 9 Prozent, also um 27 Mark gestiegen, und in den letzten Jahren für die es zusammensetzende Ziffern nicht gibt, ist dazu nicht viel gekommen. Was den unantastbaren Gerechtigkeitssinn des Stadtv. Heilbergs anlangt, so stellt sich die freigeistlich-freie und sozialdemokratische Arbeiterschaft durch dieselbe nicht gerecht behandelt — es sollen keine alten Vorurteile aufgewärmt werden — und dieses Gefühl kann durch Herrn Herschel nicht aus der Welt geschafft werden, wenn dieser auch sonst die Berücksichtigung unserer Forderungen einzusehen begreift.

In den nun folgenden Abstimmungen stimmt die Versammlung zunächst den Gehaltserhöhungen für die Magistratsmitglieder, dann derjenigen für den Oberbürgermeister zu. Dagegen stimmen die sechs Sozialdemokraten; der Stadtv. Finger enthält sich der Abstimmung.

Übrigens hätten wir von einem so klugen Herrn, als Stadtv. Meißner es ist, nicht erwartet, daß er die 5000 Mk.-Vorlage für den Oberbürgermeister damit begründen würde, daß Breslau ohne Herrn Bender nicht die „blühende Großstadt“ geworden wäre, die sie heute ist. Das ist doch selbst für einen sehr guten Freund etwas stark aufgetragen.

Wir hoffen auf eine gleiche Bereitwilligkeit der Versammlung bei den kleinen Zulagen, welche die sozialdemokratischen Stadtverordneten für die Arbeiter beantragt haben.

Von den debattierten erledigten Vorlagen registrieren wir folgende:  
Der Vertrag über die Pachtung der Vordermühle, An den Mühlen Nr. 2, über die Einrichtung der

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Flora-Büste im Nötigen-Licht. Es scheint, daß wir in Deutschland die entscheidenden Mitteilungen über die berühmte Flora-Büste andauernd auf dem Umwege über England erfahren sollen. Die „Daily Mail“ brachte die ersten, von Geh. Rat Bode, dem Berliner Museums-Direktor, unterzeichneten und in der Handschrift zum Teil verbesserten offiziellen Mitteilungen, und nun sind die „Times“ über die Ergebnisse der Röntgendurchleuchtung besser als irgend ein deutsches Blatt unterrichtet. Das Blatt schreibt: „Es würde als bisheriges Resultat der Untersuchungen scheinen, daß das Innere des Hauptes und des Körpers nicht gleichartig ist. Nicht unwahrscheinlich ist, daß ein hölzernes Gerüst durch die Mitte des Kerns hinaufläuft.“

Also die Röntgendurchleuchtung bestätigt durchaus, was die kunstkritische Betrachtung von allem Anfang an sagte: daß wir kein einheitliches Werk hier vor uns haben, daß Haupt und Körper nicht gleichartig sind. In einer Betrachtung des grotesken Falles schreibt der „Vorwärts“:

„Es bleibt nur noch ein Punkt zu beleuchten: das Verhalten des Herrn Bode zur deutschen Presse. Zu der ersten Röntgenbeleuchtung wurde neben den von Bode ausgeschickten Fachmännern nur ein Vertreter der Presse zugelassen: der Korrespondent der „Times“. Die deutsche Presse glaubt Herr Bode in der Tasche zu haben oder als echter Antirat völlig ignorierten zu können. Denn was die „übelgerühmte“ Presse denkt und schreibt, ist dem preussischen Bureaukraten gleichgültig. Die deutsche Presse läßt sich ja doch gefallen. Aber die englische Presse mag Herr Bode nicht auf die Weise zu behandeln. Während die deutschen Zeitungen eingehalten wurden, brachten die „Times“ schon in der Monatsnummer einen eingehenden Bericht über die erste Durchleuchtung. Ferner läßt sich Herr Bode herbei, seine bisher ohne den Schatten eines Beweises aufgestellten Behauptungen einfach zu wiederholen. Die nach dem jetzigen Stande der Frage undialturbare Hypothese, daß die von Lucas angefertigte Büste, die verschunden sei, ein Stützmodell für die Renovierung der ersten Büste gewesen sei, kann sich nur jemand erlauben, der an Stelle von Argumenten nichts als sein „ic volo, sic volo“ einzusetzen hat. Das Schönste aber ist, daß Herr Bode in dem Boden der „Leonardo“-Büste alte englische Zeitungen gefunden hat. (Die großen Berliner Blätter sagen nichts davon, weil sie die „Times“ nicht lesen — können.) Die stammen natürlich von dem Re-

staurator Lucas, während der Rest mit all den Surrogatmitteln, um Wachs zu sparen, von Leonardo stammen soll. Kurz, die Frage ist in ein Stadium getreten, wo man sich lächerlich macht, wenn man sie länger ernst nimmt.“

## Aus aller Welt.

Ueber das erste Winterbild dieses Jahres liegen folgende Meldungen vor: Ein ungeheurer Schneefall ist am Mittwoch über ganz Braunschweig niedergegangen. Auch aus dem Harz werden gewaltige Schneefälle gemeldet. Der Brocken ist völlig verschneit, und Andreasberg und Klausthal sind völlig vom Verkehr abgeschlossen. In der Stadt selbst war der Straßenverkehr völlig gestoppt.

Auch in Riesengebirge herrschten heftige Schneestürme. Ferner ist ganz Nord- und Ostböhmen unter einer dichten Schneedecke begraben. In der Nacht zum Mittwoch bereits letzte heftige Schneestürme ein, das die ganze Nacht und den Vormittag über anhielt.

In Bremen hätte der starke Sturm gestern beinahe ein schweres Vallonunglück zur Folge gehabt. Der dem Bremer Verein für Luftschifffahrt gehörende Freiballon „Grob“, der von der Gasanstalt zu einer Fahrt aufstieg, wurde sogleich von dem heftigen Sturm erfasst und abgetrieben. Es gelang jedoch, den Ballon zu fangen. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

An der ganzen Ostseeküste herrscht fürchterlicher Sturm und erlösende Schneereise. Vor dem Sturm flüchtende Fischerboote berichten, daß an der Goggenfahrt zum Pysiger Weid ein großer, unbekannter Dampfer gesunken sei. Da die Telegraphenverbindungen unterbrochen sind, gelang es bisher nicht, näheres von den Umständen des letzten Rettungsfalles über den Unfall zu erlangen.

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet: Der schwedische Dampfer „Koller“, Kapitän J. N. Linde, von Goeteborg nach Danzig mit Passagieren unterwegs, ist gestern Nachmittag unterhalb Helsingfors gesunken. Zehn Personen, darunter eine Frau, wurden gerettet. Eine Frau und ein Mann sind ertrunken. Der Kapitän selbst befindet sich noch lebend an Bord.

Ueberall, wo die Schneestürme herrschten, entstanden atroke Störungen im telephonischen und telegraphischen Betrieb. Vom Rhein wird gemeldet, daß der Wasserstand des Rheins und des Neckars infolge des anhaltenden Schnees und Regenwetters der letzten Tage fast im Wachsen begriffen ist. Der Rhein ist von 2,56 auf 3,04 Meter gestiegen; der Neckar dürfte halb Hochwasser führen, da der Wasserstand in der un-

gangenen Nacht in Heilbronn von 1,50 auf 1,80 Meter angestiegen ist.

Der Kampf ums Frauenstimmrecht. Die Weltgeschichte hat wieder einen Triumph der tapferen Frauenstimmrechtlerinnen von England zu verzeichnen. 10.000 Stunden lang hat jetzt die „Freedom League“ die Eingänge zum Parlament unter Wache gehalten. Der Zweck dieser Leistung ist der, daß die Vertreterinnen der Frauenrechte es erzwungen wollen, den Premierminister zu Gesicht zu bekommen und ihn zu interviewen. Diese 10.000 Wachstunde ist als ein Jubiläum gefeiert worden, und wie berichtet wird, bränten sich so viele begeisterte Suffragetten zu diesem ehrenvollen Wachdienst, daß auch die 20.000. Stunde dieser Parlaments-Blockade die Frauen noch auf dem Posten finden wird.

Zusammenstoß auf einer Bahnkreuzung. Wieder hat sich auf einer Nebenbahn ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Eisenbahnzug und einem Fuhrwerk zugezogen. Die eine auf Königsberg i. P. abermittelte amtliche Meldung besagt, daß ein Zug der Personenzug 533 am Mittwoch gegen 5 1/2 Uhr, Nachmittags, in Kilometer 89,130 an dem unbewachten Weichenkreuzung der Kreuzung der Strecke Krasnopol-Maragrabowa mit der Eisenbahn Widminnen-Maragrabowa das Fuhrwerk des Gändlers (Häuser) Samuel Prokopski aus Karlaiv, Kreis Sennsburg, wobei der Fahrer des Fuhrwerks getötet wurde. Der mit ihm fahrende Gändler Florian aus Wenigkauen, Kreis Niederung, wurde schwer verletzt und hat kurze Zeit nach der Aufnahme im Krankenhaus Maragrabowa. Beide Pferde wurden getötet und der Wagen zertrümmert.

Mord an einem Vater. Der Administrator der benediktiner Abtei Montecassino, Vater Ruffinus, wurde am Mittwoch, wie ein Telegramm meldet, bei einem Besuch im Hause seiner Mutter aus dem Hinterhalte erschossen. Der Vater, der angeblich ein Vermögen von mehreren hunderttausend Franken erworben hat, war vor wenigen Monaten aus dem Kloster entlassen.

Die Cholera im Nesselbette ist noch immer nicht erloschen. Wie ein Telegramm aus Königsberg i. P. meldet, ist bei einer vor längerer Zeit in der Choleraabade in Potellina isolierten weiblichen Person aus der Kolonie Bismark (Kreis Friedeberg) jetzt Cholera bakteriologisch festgestellt worden.

Vom Dampferzug nach Singapur. Über den Zusammenstoß des englischen Dampfers „Onda“ mit dem französischen Dampfer „La Seine“ in der Adriamerenge wird jetzt noch folgendes bekannt: Der Kommandant der „Onda“ hat bei seiner Vernehmung vor dem Richter erklärt, daß er bei dem Zusammen-



stetigen Besetzung in der Vorbereitung wird mit den bisherigen Richtern, der Witwe Stiller, auf das Jahr vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 für den bisherigen Richters von zusammen jährlich 17696 Mark verlängert.

Der Versammlung überlegte der Magistrat 125 Grundstück der Vorläufe für die Massenerweiterung der habsburgischen Volksschulen im Jahre 1910, mit dem Antrage, sich damit einzulassen zu erklären, daß mit dem Beginn des neuen Schuljahres 22 Klassen an evangelischen, fünf Klassen an katholischen Volksschulen und vier Klassen an Hilfsschulen errichtet, sechs Klassen an evangelischen Volksschulen wieder einzugehen werden und die Infolge der Massenerweiterung erforderlichen Schulen für den Ganztags- und den Turnunterricht hinzutreten. Die Versammlung genehmigte die Vorlage. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

### Wer soll Breslau im Reichstage vertreten?

Die gestrige Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Saale des Gewerkschaftshauses erfreute sich, wie zu erwarten, eines außerordentlich starken Besuches. Über 750 Mitglieder waren erschienen, handelte es sich doch um die wichtige Frage, wer Breslau im Reichstage vertreten soll, sobald für die Bevölkerung der längst ersehnte Zeitpunkt herangekommen sein wird, den Herren Pappe und Pundtner den Laufpaß zu geben. Genosse Neulirch wies in kurzen Worten auf die Bedeutung der Tagesordnung hin und gab die Vorschläge bekannt, die der erweiterte Vorstand des Vereins den Genossen nach eingehenden Beratungen zu machen hatte. Die Vorschläge lauteten:

Genosse Eduard Bernstein für Breslau-West,  
Genosse Oskar Schütz für Breslau-Ost.

Die Versammlung machte sich sodann zunächst über die Frage schlüssig, ob die Aufstellung der Reichstagskandidaten in der Versammlung oder durch Urabstimmung der Mitglieder erfolgen solle und entschied sich für letzteres. Als dann wurde in die Beratung des Vorstandsantrages eingetreten.

### Als erster Redner erhielt das Wort der

Genosse Widera: Wenn wir wichtige Parteiamter zu vergeben haben, müssen wir uns zunächst fragen, ob die Genossen auch imstande sind, sie auszuführen. Die hier vorgeschlagenen Genossen aber haben ihren Beruf, sie sind zudem Stadtratsmitglieder, ein Reichstagsmandat aber erfordert eine volle Arbeitskraft, wenn ein Abgeordneter sich in alle Materien einarbeiten will. Dazu kommt, daß Genossen, die ein parlamentarisches Amt haben, noch außerdem auch weitere solche Ämter übertragen bekommen. Das kann zum Beispiel schon bei den nächsten Landtagswahlen der Fall sein. Dann geraten wir aber in die Kalamität, daß unsere Genossen hier oder dort bei wichtigen Abstimmungen nicht anwesend sein können. An der Fähigkeit der beiden vorgeschlagenen Genossen zweifle ich nicht, wenn wir sie aber aufstellen, sollten wir sie verpflichten, zu gegebener Zeit ihre Stadtratsmandate niederzulegen und Landtagsmandate nicht anzunehmen.

Genosse Clement: Mit Genossen Widera bin ich soweit einverstanden, daß die Genossen, denen wir ein Reichstagsmandat anvertrauen, nicht auch noch Landtagsmandate annehmen dürfen. In die Niederlegung der Stadtratsmandate kann ich mich aber nicht erklären, zumal wir an allen Orten immer mehr Kräfte brauchen, die in den Stadtparlamenten zu wirken haben. Wenn der Vorstand sich auf den Standpunkt gestellt hat, einen Breslauber als Kandidaten aufzustellen, so bezieht mich auch dies, nur kann ich nicht begreifen, wie er daneben noch auf Genossen Rücksicht nehmen konnte. Ich bin nicht gegen Bernstein, weil er Revisionist ist, denn dann würden wir viele Genossen nicht aufstellen können. Aber Bernstein hat bereits wiederholt die Partei geschädigt. So war es 1903, als er die Abgeordnetenfrage aufwarf. Sein Standpunkt ist da von den Genossen ausgeschaltet worden. Neuerdings hat er für bürgerliche Blätter geschrieben und es so dargestellt, als würde er von der Partei ausgeschlossen. Dabei steht doch fest, daß die Partei ihm ausreichend Beschäftigung und Einkommen gemährt hat. Allerdings hat er ja die Sache dann so dargestellt, als sei das „Ausgrenzen“ nicht bürgerlich, sondern nur politisch zu verstehen, insofern, als er nicht für den „Vorwärts“ schreiben dürfe. Aber das alles schädigt die Partei. Ich schlage vor, nicht den Revisionisten Bernstein, sondern den Revisionisten Löbe zu wählen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Schiller wendet sich in längeren Ausführungen gegen Bernstein, vor allem, weil er auf dem rechten Flügel der Partei stehe und was alles, was wir mit dem verästerten Bürgerthum erlidi, das Heil der Partei in einem Zusammengehen mit dem „betrügerischen Teile“ suche. Bernstein lasse sich nicht so revolutionäre Empfinden vermissen, bringe die Partei als Schriftsteller alskunst und alskunst in Verlegenheiten und würde als Parlamentarier unwilligerweise die Wunden der Partei in der Revisionist Löbe. Er fürchte aber, daß eine energische Bekämpfung der Kandidatur Bernstein zu Straftätigkeiten am Orte Anlaß geben würde, deshalb wolle er seinen größeren Vorstoß vornehmen. (Beifall.)

Wenige Minuten erhalten habe: als er bei der am Morgen herrschenden starken Dunkelheit die „La Croyne“ schickte, habe er sofort flüchten und Gegenstand geben lassen, konnte aber nicht verhindern, daß die beiden Lampen bemerkt wurden. Die „Duda“ ist am Tag leicht beschädigt worden. Jeder Bekämpfung gelang es nicht, mehr Habsburger und Feinde der Sozialdemokratie zu retten. Die Sozialisten von Danzig, „La Croyne“ behaupten andererseits, daß die „Duda“ nicht an der Spitze der Habsburger und Feinde der Sozialdemokratie vermischt, in ein solches Netzwerk zu gelangen. Der Republik des untergeordneten Schiffs bewand sich gerade im Entzug auf der Kommandobrücke, als der Kommandant erfolgreich. Er und der Mann am Anker fingen den Wellen zum Opfer. Die „La Croyne“ kam mit betrüblicher Schnelligkeit, daß es ihr nicht möglich war, auch nur ein Boot heranzufahren. Von der „Duda“ wurden drei Boote zu Wasser gelassen, durch welche 61 Personen gerettet wurden. Die Dampfmaschine der „La Croyne“ arbeitete, und in der letzten wurden zahlreiche Reisende und Mannschaften vom Dampf vertrieben, andere ertranken, während sie sich in ihren Kajüten befanden. Der Kampf in den Wellen der bei herrschender Dunkelheit führte zu schrecklichen Kämpfen. Zahllose baltische Dampfer liefen auf die Spitze der Wellen hinaus. Die Dampfer brachten sich zwar, die Kräfte der Wellen zu retten, in vielen Fällen jedoch vergeblich. Mehrere Dampfer, denen es gelang, an Land zu schwimmen, waren von Gattischen schrecklich angegriffen. Infolge der starken Strömung war es vielen der Unglücklichen nicht möglich, die nur zwei Meilen entfernte, mit Anker besetzte Rüste zu erreichen. Nur diejenigen, die sich an irgendein im Meer schwimmendes Boot festhalten konnten, konnten gerettet werden.

Ein zeitgemäßes Märzel wurde jüngst an einem Marktplatz von einem witzigen Witzlinge ausgesprochen. Es lautete, wie folgt:  
Mit „u“ ein Post der Eisenbahn in Wien,  
Mit „e“ geht es auf dem Wasser zu,  
Mit „o“ geht es auf dem Wasser zu,  
Und die Witzlinge:  
Bura-tweier - Bura-tweier - Bura-tweier!

Genosse Datz: Auch ich bin dafür, daß unsere Reichstagskandidatur nicht nach Landtagsmandate ste nehmen sollen. Die Niederlegung der Stadtratsmandate aber ist überflüssig. Auch wenn ein Abgeordneter seine ganze Arbeitskraft auf die Ausübung seines Reichstagsmandats verwenden würde, er ist nicht in alle Refforien völlig einarbeiten können. Deshalb wird ja auch in allen Parteien Teilarbeit geleistet. Aber was liegt denn vor, daß Bernstein nicht mehr kandidieren soll? Er soll die Partei geschädigt haben, weil die Gegner seine Ansichten ausgeschaltet haben. Genossen, dann haben wir alle schon die Partei geschädigt selbst Genosse Schiller und andere sehr radikale Genossen hätten das getan, denn erst kürzlich haben die Gegner die Ansicht ausgesprochen, daß die Kräfte gegen eine so kumpelige Erbschaftsteuer hätte stimmen müssen. Es ist la mühsames Gerede, daß Bernstein die Partei parlamentarisch in den Sumpf führen will. Hat er uns nicht gerade hier in Breslau die Massenaktion gepredigt, in er nicht für Straßendemonstrationen und Massenstreik eingetreten? Das ist doch aber nicht parlamentarische Versammlung. Man sagt, Bernstein hat bei der letzten Wahl eine Niederlage erlitten. Das ist doch aber an anderen Orten auch radikalen Genossen passiert. Genosse Clement, der sich so lebhaft darüber beschwerte, daß Bernstein sich als politisch ausgehungert hinstellen ließ, soll ihn hier tatsächlich politisch aushungern. Bernstein hat ein Mandat für die Partei gekämpft. In den schweren Zeiten des Sozialistenlebens wurde er für würdig befunden, den Sozialdemokrat heranzuführen, an den noch alle alten Genossen mit Verehrung juridieren. Als Abgeordneter hat er seine Schuldigkeit getan. Deshalb ist er als Fraktionsredner vorgeschaltet worden und zwar bei Anlässen, wo er mit dem Austrage von der Fraktion gelehrt wurde. Wir haben an Bernstein im Parlament alle den Revisionisten, sondern den Sozialdemokraten gesehen, wie an allen anderen Genossen. Und war er nicht auch stets zur Stelle, wenn wir ihn am Orte brauchten? Gegen Genossen Schütz ist nichts eingekommen worden. Wir sind uns alle einig, daß er sich durch seine unangenehme Tätigkeit in Breslau und Schlesien das Mandat verdient hat. Ehren wir aber die Verdienste beider Genossen, die vom Vorstande vorgeschlagen wurden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Löbe: Von Genossen Clement bin ich als Kandidat für den Reichstag in Vorschlag gebracht worden. Wenn ein solcher Vorschlag nach verhältnismäßig kurzer Zeit meines Wirkens am Orte nicht nur von Genossen, die uns von weitem auf der Rednerbühne sehen, sondern auch von den ersten Mitarbeitern im Vorstände gemacht wird, ist das für mich sehr ehrenvoll. Trotzdem muß ich die bindende Erklärung wiederholen, die ich schon im Vorstände abgegeben habe, daß ich eine Kandidatur jetzt und für Jahre hinaus noch nicht annehmen würde. Das geschieht unter anderem, weil ich Anhänger der beiden anderen Kandidaten bin. Genosse Schütz war schon länger als 10 Jahre hier tätig, als ich nach Breslau kam und hat in guten und schlechten Tagen die Lasten der Agitation mitgetragen. Er ist von den Genossen am Orte früher als andere an der Reihe, ein so hohes Ehrenamt zu bekleiden. Was gegen Genossen Bernstein in Vorschlag ist, braucht kaum alles widerlegt zu werden. Nichts davon ist geeignet, seine Kandidatur unvorteilhaft zu machen. Er ist bei seinen Forschungen manchmal von den Reges abgewichen, die unsere großen Denker gegangen und hat dabei manchem Genossen Anlaß zu Vergernis gegeben. Hat Kautsky gegenüber den Gewerkschaftlern nicht dasselbe getan? Möglich daß Genosse Bernstein oft geirrt hat. Nur wer gar nichts unternimmt, ist davor geschützt. Man lasse sich nicht durch das Wort „radikal“ blenden. Für die Anwendung milderer oder schärferer Mittel im Klassenkampf besagt das natürlich. In Deutschland ist der Revisionist Bernstein, in Breslau der Revisionist Löbe für Straßendemonstrationen, für den Massenstreik eingetreten. Wenn Schiller die Parole ausgibt, ein Revisionist, ganz gleich ob Bernstein oder Löbe, darf nicht aufgestellt werden, so bestreitet er uns die Gleichberechtigung in der Partei und dagegen werden wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen. Nein, im Gegenteil: Die Kandidatenaufstellung in Breslau wird ein Symbol sein dafür, daß in der Sozialdemokratie die freie Meinungsäußerung unaugestaltet bleibt und das wir auch unsere höchsten Ehrenämter an jene geben, die von dieser Freiheit einen Gebrauch machen, der der Mehrheit einmal nicht gefällt. Stimmen sie also den Vorschlägen des Vorstandes - Bernstein und Schütz - zu. (Starker Beifall.)

Genosse Steinbrecher: Man dürfte gespannt sein, wie die Gegner der Kandidatur Bernstein ihre Ansichten begründen würden. Und da erleben wir, daß Genosse Clement diese Kandidatur nicht will, nicht etwa weil Bernstein Revisionist ist, sondern weil er die Partei geschädigt hat. Schiller dagegen macht ihm nicht Parteischädigung zum Vorwurf, er will ihn ungelehrt gerade deshalb nicht haben, weil er Revisionist ist. Solche lächerlich keine Dinge wie die Abgeordnetenfrage sollte man gar nicht vordringen. Das ist übrigens 1903 geschehen, und nachher haben wir Bernstein schon einmal wieder aufgestellt. Daß Bernstein vom „Vorwärts“ Unrecht geschähen, ist schon zu glauben. Wir haben ja an früheren Tagen mit den „Vorwärts“-Redakteuren gesehen, daß dort nicht immer die größte Rücksichtnahme waltet. Denken wir an die Metallarbeiterausperrung in Breslau und an die glänzende Abfertigung, die Bernstein damals im Reichstage dem verstorbenen Polizeipräsidenten Dr. Wierds zufließ werden ließ. Genosse Schiller hat in der Majoritätsfrage bereits seinen Standpunkt revidiert, und auch in manchen anderen Dingen dürfte er im Laufe der Zeit noch zu anderen Ansichten kommen, als zu denen, die er zurzeit für unwandelbar hält. (Beifall.)

Genosse Jahn: Es hört sich ja sehr schön an, daß niemand mehr als ein Mandat ansetzen soll, aber man kann doch eine Kandidatur nicht einem unbefriedigten Diktat überlassen. Mit Genossen Bernstein bin ich auch nicht in allen Punkten einverstanden, aber er hat uns bereits vertreten und es hat auch keinen Zweck, gegen seine Kandidatur zu sprechen, denn die Mehrheit der Genossen ist für die Wiederanstellung.

Genosse Schlegel: Dem Vorschlage Schütz aufzustellen, kann ich bloß zustimmen. (Burrst: Weil er Metallarbeiter ist?) (Beifall.) Jahn, auch weil er Metallarbeiter ist (Erneute Beifall), denn unter den Parlamentariern gibt es noch nicht viel Metallarbeiter. Bernstein tut man bitter Unrecht, wenn man ihm Schädigung der Parteinteressen zum Vorwurf macht und es ihm zugleich eine schwere Last an der Partei, ihm lassen zu lassen, der eine Menge nützliche Arbeit für die Partei geleistet hat. Er hat in Fragen, die im Interesse waren, jähzornig eingegriffen und andere Fragen selbst in Hinf gebracht. Unsere Verhältnisse an den Landtagswahlen verstanden wir seinen Bemühungen und als er feinerartig diese Frage angriff, werden das gewiß sehr viele für „Partei-schädigung“ gehalten haben. In Berlin haben wir die Person des Genossen Bernstein heftige Kämpfe mitgemacht und nicht nur den Lohn von Berlin hat man ihn erst als Stadtratsmitglied gewandelt. Und die Schädigung hat doch auch nicht auf den Kopf geschlagen. Sie sehen, daß man ihn auch dort Vertrauen entgegenbrachte, wo man ihn auch nichter Nähe kennt. Nehmen wir möglichst einstimmig die Vorschläge des Vorstandes an. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Albert: Mit dem Genossen Schiller und seinen Argumenten gegen Bernstein kante ich mich dann im großen ganzen einverstanden erklären, wenn er nur Vorschläge für einen anderen, geeigneten, mehr linksstehenden Kandidaten gemacht hätte. Deshalb, weil kein Besserer vorgeschlagen, so ist auch in der Vorstandswahl für Bernstein eingetreten. Dagegen kommt, daß wir gerade in Anbetracht der Lage, daß wir beide Kräfte wiederherstellen wollen, mit besonderer größter Emsigkeit hinter unseren Kandidaten stehen müssen, um so den Gegnern ein Bild schärfer und härterer Sozialdemokratie zu bieten. Gewiß läßt sich gegen die Kandidatur mancherlei einwenden, aber da ich meines Bedenkens in der Vorstandswahl keine Anstöße, so ist für mich die Sache erledigt. Esamen wir uns einige Augenblicke, bevor wir uns über die nächsten Wahl wieder die rote Fahne über Breslau flattert. (Beifall.)

Genosse Widera: Es würde einen depressierenden Eindruck in der ganzen sozialistischen Welt machen, wenn wir Bernstein fallen lassen und gerade unsere radikalen Genossen würden das als eine Beschämung empfinden. Denken wir, mit welcher Begeisterung er immer für den Fortschritt der Partei eingetreten ist! Es ist gut, daß wir ihm in der Wahl, aber jeder einzelne Schritt bringt uns dem Ziele näher. Aus der Geschichte der Sozialdemokratie wissen wir, was Bernstein für uns geleistet hat. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Schramm: Um zu verhindern, daß etwa das Resultat unserer Abstimmung zu Betrachtungen über die Stärke des Revisionismus und Revisionismus in Breslau benützt wird, will ich bemerken, daß unter den Stimmen, die für Bernstein abgegeben werden, sich auch die von den meisten radikalen Genossen befinden werden.

Die Versammlung beschloß hierauf, die Wahl per Akklamation vorzunehmen. Bei der Abstimmung wurde Genosse Bernstein mit 700 gegen etwa 80 Stimmen als Reichstagskandidat für Breslau-West proklamiert. Gegen Genossen Schütz als Kandidat für Breslau-Ost erhoben sich ebenfalls nur wenige Hände, alle übrigen Anwesenden waren für die Kandidatur. Das Resultat wurde mit lebhaftem Handklatschen begrüßt.

Sobann verlas Genosse Neulirch den Bescheid auf die Berufung des Genossen Stasch in seiner Ausschlußangelegenheit. Derselbe laut folgendem Wortlaut:

In der Ausschlußsache des Genossen Adolf Stasch hat die Kontrollkommission in ihrer Sitzung vom 28. d. M. über die Berufung des Angeklagten, die er gegen den zweiten Teil des Schiedsgerichtsurteils vom 3. September d. J. eingelegt hat, verhandelt und beschloß, der Berufung stattzugeben. Abgesehen davon, ob es angebracht ist, einem Genossen ex-litene Strafen nach zehn Jahren vorzuerwerfen, halten die Schiedsgerichte bis zum heutigen Parteitag nur das Recht, über die weitere Zugehörigkeit zur Partei zu entscheiden. Nach den Ausführungen bei der Begründung des Parteitagstages sollten Pfleger und dergleichen Strafen nicht ausgesprochen werden. Es ist das neue Parteistatut hinsichtlich der Parteistrafen gestaltet. Aus diesem Grunde hebt die Kontrollkommission den zweiten Absatz des Schiedsgerichtsurteils auf.

Demnach bleibt, wie Genosse Neulirch mitteilt, vom Urteil des Schiedsgerichts als zu recht bestehend nur der Teil, der die Zurückweisung des Ausschusses betont und der die Ankläger wegen des oberflächlichen Materials tadelt. Die Rüge ist aus formalen Gründen aufgehoben.

Der Kassierer Genosse Hermann gab sodann den Kassensbericht über die beiden letzten Quartale, da bekanntlich in einer früheren Versammlung wegen vorübergehender Zeit das Verzeichnis der Abrechnung vom 2. Quartal verlegt worden war. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer auf Antrag der Mitglieder einstimmig Entlastung erteilt. Im Anbetracht auf die Abrechnung konnte die eventuelle Mitteilung gemacht werden, daß der Verein in den verflochtenen zehn Monaten dieses Jahres von 6100 auf 7000 Mitglieder angewachsen ist. Die „Breslauer Zeitung“ dürfte also auf neue von einem - „rapiden Mitgliederzuwachs“ fassen.

Verzorgung des Landkreises mit Elektrizität. Nachdem der Breslauer Kreisrat am 27. Oktober d. J. den von der Kreisverwaltung des Landkreises Breslau mit der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin wegen Errichtung einer elektrischen Ueberlandzentrale geschlossenen Vertrag genehmigt hat, ist gestern die Gründung einer Aktien-Gesellschaft erfolgt, welche diese elektrische Zentrale errichten und betreiben soll. Sie firmiert als „Elektrizitätswerk Schlesien, Aktiengesellschaft in Breslau“; das Aktienkapital beträgt vier Millionen Mark. Dem ersten Aufsichtsrat gehören an: Kommerzienrat Dr. jur. Georg Peinmann als Vorsitzender, Direktor Oskar Olsson i. J. Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Berlin NW 7, als stellvertretender Vorsitzender, Dr. jur. Eduard von Glöckhorn, Komml. Theodor Ehrlich und Bankdirektor Otto Martius in Breslau, Direktor Rudolf Menckhoff i. J. Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Berlin NW 7, Direktor der Breslauer Diskontobank Dr. jur. Hans Vosberg, Bankier Friedr. von Wallenberg-Pachau in Breslau. Zum Vorstand wurde Ingenieur Richard Wolfes in Breslau bestellt.

Parteiliste als Gift. Herr Stöber, der Abteilungschef im Breslauer Warenhaus der Gebr. Barock III. sollte durch unbedingten Verkauf von Giften den § 367 Nr. 3 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit der noch gültigen Giftpolizei des § 49 der alten preussischen Gewerbeordnung übertreten haben. In seiner Abteilung und unter seiner Verantwortung wurden gelbe und orangefarbene Parteiliste feilgehalten worden, die nach Annahme der Behörde Gift darstellten. Im zweiten Rechtszuge hatte nun das Landgericht in Breslau den Angeklagten wegen Übertretung der genannten Bestimmungen zu einer Geldstrafe verurteilt und ausgesprochen: Nach den chemischen Untersuchungen befanden die Parteiliste aus einem Gemisch von Chromsäure und Blei, also von Chrom und Blei Chromsaures Blei könne aber bei Aufnahme in den Körper die Giftwirkung schädigen. In der Giftpolizei der Ministerialverordnung von 1906 sei zwar nicht Chromsaures Blei genannt, aber doch Farben, die Chrom und Blei enthalten. Infolgedessen seien Farben, die Chrom und Blei enthalten, Gift. Darum hätten die Parteiliste ohne polizeiliche Erlaubnis zum Feilhalten von Giften nicht verkauft werden dürfen. Die Gebrüder Barock hätten eine solche Erlaubnis nicht. Stöber, als verantwortlicher Abteilungschef, habe für den Verkauf von Giften mit der Begründung, daß kein Rechtsstrich erkennbar sei. Auch sei das objektive und subjektive Verschulden des Angeklagten „richtig festgestellt“.

Die neuen 25 Pfennig-Stücke sind, wie die „Postliche Zeitung“ berichtet, loben ausgesprochen worden. Ihre Prägung wirkt, wie das Blatt bemerkt, auf den ersten Blick sehr. Die Vorderseite zeigt die Aufschrift „25 Pfennig“, umrahmt auf jeder Seite von zwei Ähren. Die Rückseite zeigt den Reichsadler mit der wenig deutlichen Umschrift „Deutsches Reich 1906“. Die Münze erscheint sehr schön. Ihre Größe hält die Mitte zwischen dem Sechspfennig- und dem Gummistück.

In der habsburgischen Zeitschrift „Glaubensfrage“ 25 werden von nun an außer den bereits festgelegten polilini-fischen Stunden am Dienstag und Freitag von 8-4 Uhr Nachmittags auch solche am Montag und Donnerstag von 11-12 Uhr Mittags abgehalten.

Die Sprachkurse für Alkoholkränke finden wie bisher Dienstag und Freitag von 8-4 Uhr Nachmittags statt. Zulassung von Feuerbedrängten. Eine neue Art von Gegenständen der Feuerpolizei ist (eben vom Reichspostamt durch einen besonderen Bescheid für zulässig erklärt worden. Es sind dies Feuerbedrängten. Die Reichspostverwaltung findet an sich nichts dagegen zu erinnern, daß Druckstöcken in sogenannten Feuerbedrängten verpackt werden. Voraussetzung ist dabei lediglich, daß die Umwicklungen der Bedrängten entzündbar, die für Feuerbedrängten vorgeschrieben sind. Feuerbedrängten sind bekanntlich im Anfang des vergangenen Jahres von der Reichspostverwaltung zugelassen worden. Sie haben im allgemeinen verhältnismäßig wenig Verbreitung gefunden. Der Grund liegt hauptsächlich wohl darin, daß die höheren Stellen der Postverwaltung nicht recht im Einklang mit der Postverwaltung sind. Sie sind durch die Feuerbedrängten bedrängten. Bei den Feuerbedrängten erscheint bekanntlich die auf den Seiten selbst befindliche Abwehrschicht auf dem Umschlag.











## Nachklänge aus Mansfeld.

Der Landrat von Mansfeld, Herr von Haffel, der in dem schwächlichen Kampfe so manche Probe seiner „Unparteilichkeit“ gegeben hat, und der täglich geizelt hat, wie objektiv die Behörden handeln und über den Parteien stehen, hat beim Abbruch des Streikses seinen bisherigen Handlungen noch die Krone aufgesetzt. Im Bureau des Betriebsführers Schlup vom Ritzelschacht hat er den Bergleuten durch Handschlag das Verprechen abgenommen, daß sie aus dem Bochumer Verbands austreten und nie wieder Mitglieder werden wollen! Als die Streikenden am 13. d. Mts., Morgens, nach dem Ritzelschacht kamen, um anzufangen, ob sie wieder anfangen dürften, fanden sie den Eingang durch einen Leutnant, zwei Unteroffiziere und zwölf Soldaten bewacht; dazu kamen sechs Gendarmen aus der Stetterschube, die die Ordnung aufrecht erhielten, während auf dem Bureau des Betriebsführers der Landrat von Haffel, Amtmann Spielberg und in einer Ecke ein grimmig dreinschauender Gendarm anwesend waren! Der Landrat nahm sich die Leute zuerst vor und fragte jeden: „Kennen Sie mich?“ und laute denjenigen, die ihn nicht kannten: „Ich bin der Landrat von Mansfeld, damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben.“ Dann fragte er, weshalb die Leute sich am Streik betätigt hätten, ob sie dem Bochumer Verbands beigetreten, ob sie Soldat gewesen und Mitarbeiter des Arbeitervereins seien. An die letzten, die Soldat waren, richtete er, der Landrat, dann folgende feierliche Worte:

„Mann! Erst haben Sie den Fahnenstreich geleistet, haben unserem Kaiser die Treue geschworen und jetzt wollen Sie helfen, unseren Kaiser absetzen. Machen Sie mir aus dem Verbands auszutreten. Sie nicht wieder an sozialdemokratischen Verbands zu beteiligen, sondern eingeben! Ihres Fahnenstreichs treu zu Kaiser und Reich zu halten, dann werden wir zusammenarbeiten, wie es vorher geschah.“

Bei diesen Worten richtete der Landrat den Leuten die Hand und sagte dann dem Betriebsführer: „Nehmen Sie den Mann wieder an!“ Dieser Vorgang steht in der Geschichte der Arbeiterkämpfe in Deutschland wohl einzig da, aber er zeigt, wie die Staatsbehörde mit dem Ausbententum liiert ist, und wie die einzelnen Beamten die Geschäfte der Unternehmer besorgen. Die Handlungsweise des Landrats ist ungesetzlich und eine grobe Verletzung seiner Amtsbefugnisse, weshalb die Beschäftigten des Ritzelschachtes eine telegraphische Beschwerde an den Oberpräsidenten v. Scheel abgefaßt hat, in der sie ersucht, das Disziplinarverfahren gegen den Landrat einzuleiten. Als Herr von Haffel gleich bei Beginn des Streikses den Zeitungsverlegern und Lesern seines Streikses verbot, Drucklos für die Streikleitung herzustellen, antwortete der Regierungspräsident auf diese Beschwerde, daß der Landrat dieses Verbot nicht amtlich erlassen hätte, folglich kein Grund vorliege, gegen ihn einzuschreiten. In diesem Falle wird der Oberpräsident beifällig nicht entscheiden, der Landrat habe nicht amtlich, nicht als Landrat von Mansfeld, sondern als Oberbetriebsführer der Mansfelder Gewerkschaft, gehandelt, und die Beschwerde führe an Vogelsang, als den zuständigen Vorgesetzten, zu verweisen.

Vor dem Schachthause standen etwa 400 Bergleute, als der Landrat das Bureau des Betriebsführers verließ, die er militärisch grüßte, ohne daß einer diesen Gruß erwiderte, worauf er dann mit lauter Stimme: „Glück auf, Kameraden!“ rief. Aber nicht ein Mund öffnete sich zum Gegengruß! Unwillig blickte er dann mit einem Gendarmen seinen Wagen und fuhr davon. Die Mitglieder des Verbandes wurden auf allen Schächten abberufen und es wurde den Leuten gesagt, sie müßten aus dem Bochumer Bergarbeiter-Verbands austreten. Einige haben sich dessen gewarigert und wurden dann zurückgewiesen. Auf dem Ritzelschacht schlug ein Bergmann, als ihm die Mitbestimmung abberufen wurde, mit der Faust auf den Tisch und sagte: „Das gibt's nicht! Aus dem Verbands gehe ich nicht mehr!“ Worauf der Gendarm an seine Seite sprang, ebenfalls auf den Tisch schlug und donnerte: „Verhalten Sie sich nur ja ruhig hier, sonst sollen Sie sehen, was wir mit Ihnen machen. Sie haben hier garnicht aufzumachen, verstanden!“

Auf dem Hohenthalsschacht sah auf dem Bureau des Betriebsführers Landrat Haffel der Oberwachmeister Nagel aus Eis leben, der Beamte, gegen den die meisten Klagen eingelaufen sind, und half die Leute auszufragen. Kam einer, der Streikposten gestanden hatte, dann sagte Herr Nagel: „Der ist uns auch bekannt.“ Und die „Bekanntem“ sollten nicht wieder anfangen werden. Nicht nur die Mitbestimmungsarten wurden abberufen, sondern auch die angeforderte Auslese gehalten, um ein wertvolles Exempel zu statuieren, und diesen Vergleichen das Streiksen für alle Zeiten zu verketten. Die Wiederanfangung geht sehr langsam von statten, da über jeden einzelnen die Urten erst geprüft werden, sodas bis zum 17. d. Mts. überhaupt kein lares Bild zu geben ist. Jedoch betrug schon am 15. d. Mts. die Zahl der Abgelegten etwa 600, sodas im ganzen 6-800 aus Strakenkämpfern liegen werden. Der weiße Streiksen soll provokantiert werden, und der Mut ungeschwächt, was in den Versammlungen am Sonntag, die sämtlich überflüssig waren, zum Ausdruck kam. Ueberall wurde durch Annahme einer Resolution energisch gegen die Nichtanfangung so vieler braver Kameraden protestiert. Die Versammlungen protestierten weiter gegen die erzwungene und ungesetzliche Abnahme der Verbandsmitgliedschaften, und versprachen alle Versammelten feierlich, daß sie einmütig und allem zum Trost dennoch treue Mitglieder des Bochumer Verbandes bleiben, die es noch nicht sind, werden zu wollen, und für denselben nach Kräften zu agitieren, bis der letzte Mann organisiert ist.

### Vogelsang ausgepfiffen!

Welcher Diebe und Hochachtung Herr Vogelsang sich unter seinen Bergleuten erfreut, mußte er am Sonntag in Eisen recht deutlich erfahren. Kurz vor 6 Uhr, nach Schluß einer Rieserversammlung im Bürgergarten, fuhr er mit seinem Auto in Begleitung zweier Offiziere durch die Hauptstraße, wo die Bergleute in großen Trupps gingen. Er wurde ausgepfiffen! Gleich am Direktionspalais, sobald er eingestiegen war, ging das Pfeifen los, und da keine Karaffiere mehr umherliefen, mußte er sich diese Operation gefallen lassen.

„Schießen! Schießen!“ rief der Leutnant Uraoh vom 36. Infanterie-Regiment am 12. d. Mts. in Helbra zwei Soldaten zu, und wäre es beim Abbruch des Streikses noch belanglos zum Muttergottesen gekommen. Ein Junge von fünfzehn Jahren verteilte in Helbra das Flugblatt, in dem der Streik als beendet erklärt und zur Wiederanfangung aufgefordert wurde, und zwar von Haus zu Haus, nicht auf der Straße, er mußte aber, um in die Häuser zu gelangen, über die Straßen gehen.

Leutnant Uraoh sah den Jungen und rief ihm zu: „Stehen bleiben!“ Dieser wollte aber davonlaufen, worauf zwei Soldaten die Verfolgung aufnahmen, den Jungen aber nicht einholen konnten, worauf der Leutnant den Soldaten zurief: „Schießen!“ Und in der Tat,

### die Soldaten luden die Flinten,

worauf dann der Junge stehen blieb und sich abführen ließ. Die Schöne Wians, eider Bergarbeiter im Wasserloch, vielteicht gar aus Helbra, luden die Gewehre, um ein Mansfelder Kind niederzuschießen, wer weiß, ob es nicht ihr eigenes Brüderchen war!

Bei der Kontrollversammlung in Gonna bei Sanaerhausen fragte der Hauptmann Wansberg einige Bergleute, ob sie auch mitstreikten, und ob sie dem Bochumer Bergarbeiter-Verbands angehörten. Als die Fragen besetzt wurden, spunkte der Hauptmann vor den Leuten aus und sagte: „Woi Teufel! Sie junger Mensch sind auch schon Sozialdemokrat! Sie müssen beim Militär ein schönes Pflänzchen gewesen sein.“

Sonabend Abend ist die Dienstreue des „Vollständigen Volksblattes“, Genossin Rißschte, niedergeschlagen worden. Ein besser gekleideter Mensch schlug die Frau mit Fäusten ins Gesicht und auf den Kopf, stieß sie dann in den Straßenaraben und ließ davon. Da unsere Genossin den Missetat nicht gelohnt hat, wird es sehr fraglich sein, ob die Behörde ihn finden wird; es handelt sich ja nur um eine Sozialistin, die mitshandelt wurde, nicht um einen Streikbrecher.

## Arbeiterbewegung.

**Tarifbewegung im Holzgewerbe.** Wir haben bereits berichtet, daß die im Holzgewerbe am 12. Februar 1910 abzulaufenden Verträge gekündigt sind. Der Holzarbeiterverband hat neben 8 Städten zum 1. Januar 1910 die Verträge für weitere 21 Orte gekündigt. Der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe hat dagegen sämtliche Verträge zum 12. Februar gekündigt, und zwar für 37 Orte, darunter Groß-Berlin, Dresden, Potsdam, Spandau, Brandenburg, Bromberg, Thorn usw. In diesen Städten kommen 28.000 Holzarbeiter aus den Orten, wo die Verträge kurz vor oder nach diesem Zeitpunkt ablaufen. Der Arbeitgeberverband hat aber sämtliche Verträge mit Ablaufsterminen bis inklusive 1. April 1910 gekündigt. Es kommen demzufolge weitere 13 Städte in Frage, darunter Langzig, Erfurt, Harburg, Hildesheim, Königsberg i. Pr., Mühlberg, München und Posen mit insgesamt 100.000 Arbeitern. Bei den Vertragsverhandlungen kommen also 51 Städte mit 40.000 Holzarbeitern in Frage. Nun haben wir bereits berichtet, daß zwischen den Zentralvorständen schon Verhandlungen stattgefunden haben. Darüber berichtet die „Volkarbeiterzeitung“ noch in ihrer neuesten Nummer, daß die Vorstände sich dabei geeinigt haben, daß die abzuschließenden Verträge wieder drei Jahre, und zwar bis zum 15. Februar 1913, laufen sollen. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit soll einer sogenannten Tarifkommission überlassen werden, die ihre Arbeiten auf Grund des vom Holzarbeiterverbande ausgearbeiteten und vom Arbeitgeberverband anerkannter „Maßstabes“ erledigen soll. Gegen den Vorschlag, man möge die sämtlichen in Frage kommenden Verträge gemeinschaftlich „freundschaftlich“ kündigen, wurden Bedenken erhoben und die Entscheidung darüber vertagt. Die Verhandlungen an den einzelnen Orten sollen am 18. November auf der ganzen Linie beginnen.

Die „Nachzeitung“ des Arbeiterberufshilfsverbandes berichtet in demselben Sinne über die Konferenz der Verbandsvorstände und drückt aus das Kündigungsgeschichten der Unternehmer ab, das für alle Orte gleichlautend ist. Es heißt darin:

„Nachdem die Zentralvorstände der Arbeitgeber- und Arbeiterberufshilfsorganisationen für das deutsche Holzgewerbe die Erneuerung der ablaufenden Verträge ins Auge gefaßt haben, und auf beiden Seiten die Geneigtheit besteht, dieses Ziel ohne Unterbrechung des gewerblichen Friedens zu erreichen, hat sich die gegenseitliche Kündigung aller derjenigen Verträge als notwendig erwiesen, welche vom 1. Januar bis 1. April ihr natürliches Ende erreichen.“

Wie uns durch unseren Zentralvorstand mitgeteilt wurde, soll durch diese gegenseitige Kündigung eine Basis für die schon im November stattfindenden örtlichen Verhandlungen geschaffen werden.

Wir kündigen deshalb frist- und formgemäß den mit Ihnen abgeschlossenen Vertrag und erklären uns schon jetzt bereit, Donnerstags, den 18. November, über die Erneuerung unseres bisherigen Verhältnisses mit Ihnen in Beratung zu treten. Ort und Stunde der Zusammenkunft bitten wir mit uns zu vereinbaren.“

Hierzu wird uns mitgeteilt, daß der gemeinschaftlichen, freundschaftlichen Kündigung vom Holzarbeiterverbande nicht zugestimmt wurde. Der Artikel der „Nachzeitung“ ist auf Frieden gestimmt. Die Einleitung des Artikels klingt besonders friedfertig und beweist, daß auch die Leitung des Arbeitgeberverbandes aus der Vergangenheit gelernt hat. Nach der Mitteilung über die Kündigung heißt es:

„Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß die deutsche Holzindustrie vor neuen und schweren Erschütterungen steht, oder daß aus der Vertragskündigung auf einen Kampf zwischen den beiderseitigen Organisationen geschlossen werden muß; denn die der Kündigung vorausgegangene Aussprache der beiderseitigen Zentralvorstände hat die volle Bereitwilligkeit beider Parteien zur friedlichen Erneuerung der Verträge ergeben.“

Die wiederholten schweren Kämpfe der letzten Jahre haben der deutschen Holzindustrie zwar schwere Wunden geschlagen, aber sie haben auch manches Gute gezeitigt. Beide Teile sind aus den fortgesetzten Beunruhigungen, Streiks und Sperren zu vertraglichen Verhältnissen gekommen und, wie man ruhig eingestehen kann, ist auch das Verantwortlichkeitsgefühl der Organisationsleitungen auf beiden Seiten gewachsen.“

Am Schluß des Artikels wird abschließend gesagt:

„Voraussetzung und Vorbedingung einer Verständigung bei den am 18. d. M. beginnenden örtlichen Verhandlungen ist deshalb ein weisses Nachhalten in der Formhaltung etwaiger Wünsche für die Gestaltung der neuen Verträge. Nur wenn dieser Grundsatz seitens der Arbeiterführer beobachtet und den Verhältnissen Rechnung getragen wird, kann die deutsche Holzindustrie vor Erschütterungen bewahrt werden, die verhängnisvoll für beide Teile sein müßten.“

Wir möchten dem hinzuzufügen: Wenn die Arbeitgeber den berechtigten Wünschen der Holzarbeiter Rechnung tragen, dürfte eine Verständigung nicht schwer sein. Hoffen wir, daß der gute Wille hierzu bei den Arbeitgebern der einzelnen Orte — auch in Berlin — vorhanden ist. Denn besonders die Berliner Holzindustrie hat sich heute, nach drei Jahren, kaum von den Folgen des letzten, von den Arbeitgebern heraufbeschworenen Kampfes erholt und könnte ein neuer Kampf den Ruin der Berliner Industrie bedeuten.

**Ein Konflikt am Straßburger Stadt-Theater.** Der allgemeine Deutsche Chorverband hat die Bühne des Straßburger Stadt-Theaters für die Mitglieder des Verbandes gesperrt, nachdem die vom Lokalverband in mehreren Eingaben nachgelagerte Dienstleistung, sowie eine den heutigen Truppenverhältnissen entsprechende Entlohnung

das Einkommens, ferner die Abstellung sonntäglicher Wüstlinge nicht gewährt wurde. Auch eine Interpellation des Verbandsleiters blieb unbeantwortet.

**Erfolgreiche Beschwerde wegen Verweigerung der Unterstützung aus dem 4 Millionenfonds.** Gegen unerbittliche Verweigerung der Unterstützung aus dem 4 Millionenfonds klagt nur die Beschwerde beim Präsidenten der zuständigen Oberzolldirektion. Das beweist das Ergebnis einer Beschwerde des Ritzelscher Pflanzmachers. Auf Anraten der Dr. Avallation wandte sich der Pflanzmacher an den Präsidenten in Berlin. Folgendes Schriftstück erhielt der Betent am 15. November über's zugestellt:

„Ihr V. durch auf Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit während der Zeit vom 15. August bis 18. November 1909 ist anerkannt worden.“

Auf Grund b. s. Artikels 2a. des Gesetzes vom 15. Juli 1909 wegen Änderung des Tabaksteuergegesetzes bewillige ich Ihnen daher wegen Arbeitslosigkeit eine einmalige Unterstützung von 100,45 Mk. (Einhundertundvierzig Mark 45 Pfennige).

Gegen vorst. istmähliche Untunung können Sie diesen Betrag während der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags bei unserer Postkasse hier, Hermannstraße 1-3, in Empfang nehmen. Rißler.“

Die Beschwerde an den Präsidenten der Oberzolldirektion in Berlin wurde am 12. November früh zur Post gegeben, mit Datum vom 13. November war dieser Bescheid schon erteilt worden. Immerhin hat die Erledigung der Unterstützungssache ein volles Vierteljahr gedauert.

**Lohnbewegungen und Betriebs-Einsparungen im Tapetenabriken des Ring-Ringes (A.-G.)** Der seit langer Zeit bestehende Tapetenring, der mit 12 der größten Firmen Deutschlands eine Trustgesellschaft bildet, berichtet in dem jetzt erschienenen Geschäftsbericht über erhebliche Unterbilanzen. Die Folge war, daß in der dem Ring angehörenden Tapetenfabrik von Langhammer-Chemnitz 50 Arbeiter gekündigt wurde. Unter dem Hinweis, daß zu teuer produziert werde, erfolgten auch in der Tapetenfabrik von Jörn u. Co., Altona-Ostentien Entlassungen und Lohnkürzungen, bei einzelnen Arbeitern 3-5 Mk. per Woche. Nach ergebnislosen Verhandlungen leiten mit Ausnahme der Jommscher, die eine 14tägige Kündigung haben, über 200 Arbeiter die Arbeit am Montag nieder.

Infolge des seit einigen Wochen währenden Streiks in der Tapetenfabrik von Gebr. Risch in Braunschweig wurde die Streikarbeit nach Peul und nach Köln zu den Firmen Flamerbaum und Sternmann geschickt, in beiden Firmen legten die Tapetendrucker gleichfalls die Arbeit nieder. Damit stehen ca. die Hälfte der in den Ringfirmen beschäftigten Tapetendrucker im Streik. Der Ring hat nunmehr die Hälfte der gesamten Produktion in Händen.

## Aus Schlefien und Posen.

**Sterblichkeitsverhältnisse in Schlefien.** Im letzten Vierteljahr 1909 stellten sich, nach der Schlefischen Zeitung, in den schlefischen Orten mit einer Bevölkerung von mehr als 15.000 Einwohnern die Sterbeziffern, auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnet, in nachstehender Reihenfolge:

- Neustadt 13, Glogau 14, Neisse 15, Glatz, Görlitz 17, Friedl., Grünberg 18, Langenbielau 19, Gleiwitz, Kattowitz, Schweidnitz, Ratibor 20, Breslau, Liegnitz, Bismarckhütte 21, Oppeln, Laurahütte 23, Bunzlau, Beuthen 24, Siemianowitz, Zabrze 25, Zabrze, Lipine 26, Königschütte 28, Altwasser 29, Reichenbach, Schwentochlowitz 31, Bogutschütz 32, Altwasser, Waldenburg 35. Gegen das vorangegangene Vierteljahr zeigte besonders starke Zunahme der Sterblichkeit Königschütte, Altwasser, Reichenbach, Zabrze, Kattowitz, Schwentochlowitz und Bogutschütz, erhebliche Abnahme nur Glogau und Neustadt.

Die Zahl der im ersten Lebensjahre gestorbenen Kinder betrug:

- In Breslau 1128, Königschütte 293, Zabrze 245, Beuthen 181, Gleiwitz 174, Liegnitz 138, Görlitz 102, Zabrze 101, Schwentochlowitz 98, Bogutschütz 95, Bismarckhütte 94, Altwasser 91, Kattowitz 84, Oppeln 75, Schweidnitz 67, Laurahütte 61, Reichenbach, Lipine 60, Ratibor 59, Bietra 52, Altwasser 51, Waldenburg, Langenbielau 50, Siemianowitz 47, Neisse 29, Grünberg 28, Glogau 26, Bunzlau 25, Friedlberg 23, Glatz, Neustadt 16. Gegen das vorangegangene Vierteljahr zeigte nur Neustadt eine geringe Abnahme, alle anderen Orte eine bedeutende Zunahme, und zwar um das Doppelte Breslau, Beuthen, Bietra, Görlitz, Königschütte, Laurahütte, Reichenbach, Waldenburg; um das vierfache Zabrze.

Von Todesfällen an Infektionskrankheiten sind nachstehende zu verzeichnen:

	M	S	D	T	W
Altwasser	1	2	3	7	1
Beuthen	1	2	2	3	1
Bismarckhütte	1	1	3	1	1
Bogutschütz	1	1	1	1	1
Breslau	11	8	20	3	7
Glatz	1	1	2	1	1
Gleiwitz	1	2	1	1	4
Görlitz	7	1	1	1	1
Grünberg	1	2	1	1	2
Kattowitz	1	2	3	1	2
Königschütte	2	2	6	1	1
Laurahütte	1	1	1	1	1

(M = Malaria, S = Scharlach, D = Diphtheritis, T = Typhus, W = Wundbrandfieber.)

Gänzlich ohne Todesfälle an Infektionskrankheiten sind Bietra, Bunzlau, Glogau, Neustadt, Langenbielau und Schweidnitz geblieben.

**Sundscheid, 18. November.** Die heutigen Stadtverordneten-Wahlen gingen unter einer so zahlreichen Beteiligung vor sich, wie in keinem früheren Jahre. Der Wunsch, daß die Sozialdemokratie sich zum ersten Male an den Wahlen beteiligte, brachte alle Spitzer auf die Beine. Abgegeben wurden in der dritten Abteilung 26 sozialdemokratische und 51 bürgerliche Stimmen. Das ist für uns ein schöner Erfolg, in einem so schwarzen Orte, den wir durch um so effizienter, Bearbeiter für unsere Partei zwei er mehreren wollen. Selbstverständlich schloß das Dreiklassenwahlrecht auch bei der Gelegenheit in seiner ganzen Glorie, wählten doch der Bäckermeister und der Rentier Rißnach in der 3. Abteilung. Als unsere hauptsächlichsten Gegner haben sich die hiesigen Geschäftsleute gezeigt, die damit gleichzeitig beneiden haben, wie wenig sie es verdienen, daß Arbeiter sie mit ihrer Kundschafft besetzen.

**Bietra, 19. November.** In der Oberertraktanten ist am Dienstag der Bauer Abdel aus Stobran. In einem Wäffchen in Koppen hat er ein Pfeifchen rauchen, an dem auch Gabel teilnahm. In der Dunkelheit fuhr dann 6 Mann in einem Kahn über die Oder, um nach Stobran zurückzuführen. Während der Überfahrt muß Gabel auf bisher noch unangenehme Weise an dem Fabraqua gefallen sein, denn kein Verwunden wurde erst in anderen Ufer bemerkt. Die Leiche konnte trotz bitteren Eises noch nicht geborgen werden. Gabel hinterläßt eine Frau und sechs Kinder.

**Schwandberg, 19. November.** Von der Sandsteinindustrie. Nachdem es den ganzen Sommer über im Paawiger Sandsteinbruch der Firma Feidler u. Wimmel in Bunzlau für die Arbeit stand, ist nun in vergangener Woche fast alle Arbeit



